

HERR MIESEN, Präsident: Möchte jemand die Gelegenheit zur Erwiderung nutzen? Dem ist nicht so. Dann ist die allgemeine Diskussion geschlossen. Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den einzigen Artikel des Dokuments 145 (2012-2013) Nr. 2.

Möchte jemand zum einzigen Artikel das Wort ergreifen? Dem ist nicht so. Dann schreite ich zur Abstimmung.

Der einzige Artikel ist mit 25 Jastimmen einstimmig angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 145.

Es stimmen mit Ja die Herren P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, Herr A. VELZ, Frau R. ARENS, die Herren P. ARIMONT, M. BALTER, K.-H. BRAUN, R. CHAINEUX, F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, Frau F. FRANZEN, die Herren H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG und Herr A. MERTES.

Der Beschluss ist mit 25 Jastimmen einstimmig angenommen.

(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 145 (2012-2013) Nr. 2)

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND DAMIT VERBUNDENE HERAUSFORDERUNGEN – DOKUMENT 150 (2012-2013) NR. 1

HERR MIESEN, Präsident: Zur Tagesordnung steht der Bericht des Ausschusses IV für Gesundheit und Soziales zur demografischen Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den damit verbundenen Herausforderungen – Dokument 150 (2012-2013) Nr. 1.

Für die Berichterstattung sind fünf Minuten vorgesehen. Für die anschließenden Stellungnahmen stehen den Fraktionen jeweils 20 Minuten zur Verfügung. Die Regierung wird gegebenenfalls Stellung nehmen; dafür ist eine Richtredezeit von maximal 20 Minuten vereinbart worden. Für eventuelle Erwiderungen stehen maximal zwei Minuten zur Verfügung. Kein Einwand? Dem ist so. Dann bitte ich Frau Stoffels, den Bericht vorzutragen.

FRAU STOFFELS *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorwegnehmen, dass die Berichterstattung keine fünf Minuten dauern wird.

In der Sitzungsperiode 2010-2011 beschloss der Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales, sich der demografischen Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den damit verbundenen Herausforderungen zu widmen. Für die thematische Annäherung erarbeitete er einen umfassenden Fragenkatalog, dessen Beantwortung durch die Regierung und das Ministerium in dem Ihnen vorliegenden Bericht in synthetischer Form wiedergegeben wird.

In einem ersten Teil umfasst der Bericht eine Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung des demografischen Wandels in den kommenden Jahrzehnten, sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Des Weiteren nahm der Ausschuss auf der Grundlage des von ihm erarbeiteten Fragenkatalogs eine Analyse des in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestehenden bzw. eventuell zu schaffenden Angebots in verschiedenen Bereichen – Wohnen, häusliche Hilfe und Pflege – im Hinblick auf eine Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen vor. Die Resultate dieser Analyse werden im zweiten Teil des Berichts wiedergegeben.

Der dritte Teil des Berichts befasst sich mit dem Vorhaben der Regierung, für die Deutschsprachige Gemeinschaft ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept auszuarbeiten.

Im vierten Teil des Berichts nehmen die einzelnen Fraktionen Stellung zum Themengegenstand, der im heutigen Plenum nochmals in Form einer Themendebatte aufgegriffen werden soll.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass der Berichterstellerin für die Abfassung des Ihnen vorliegenden schriftlichen Berichts vom Ausschuss einstimmig das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Ich danke der Verwaltung recht herzlich für die Ausarbeitung des Berichts und Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

(Allgemeiner Applaus)

HERR MIESEN, Präsident: Die allgemeine Diskussion ist eröffnet. Wir kommen zu den Stellungnahmen der Fraktionen. Für die CSP-Fraktion hat Herr Meyer das Wort.

Frau Creutz-Vilvoye übernimmt den Vorsitz.

HERR MEYER *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, sehr geehrte Damen und Herren! „Die Zukunft braucht eine Lobby – jetzt!“. Als Leitspruch für meine heutige Stellungnahme zu der sehr komplexen Thematik der demografischen Entwicklung habe ich einen Ausspruch gewählt, auf den ich bei der Vorbereitung meines heutigen Redebeitrags gestoßen bin.

Im Bericht des Wirtschafts- und Sozialrates mit dem Titel „Die DG als Rentnerstaat?“ steht als Fazit geschrieben: „Die Zukunft braucht eine Lobby – jetzt!“ In der Tat braucht die Zukunft eine Lobby und sie braucht sie jetzt. Genau darum muss es in der heutigen Debatte gehen. Denn nichts anderes als Lobbyarbeit ist die gewissenhafte Vorbereitung auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Dabei sind die Resultate nicht auf einen einzigen Zuständigkeitsbereich herunterzubrechen, etwa auf den Sozialbereich. Nein, in diesem Fall müssen wir weiter denken und die traditionellen Zuständigkeitsbereiche nicht als Trennungslinien verstehen.

Welche konkrete Bedeutung die demografische Entwicklung für alle unsere Zuständigkeitsbereiche hat, ist im Einzelnen zu prüfen. Diese Problematik ist eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Hier geht an die Substanz unserer Zuständigkeiten.

Wir müssen uns in jedem Zuständigkeitsbereich möglichst breit aufstellen, um den Herausforderungen der demografischen Entwicklung gerecht werden zu können. Alle sind bereit, diesen Herausforderungen zu begegnen. Dabei dürfen wir nicht so tun, als breche die demografische Entwicklung schicksalhaft wie eine Naturkatastrophe über uns herein. Im Gegenteil, diese Entwicklung kann kurz-, mittel- und langfristig gesteuert werden.

Dass wir die Herausforderungen ernst nehmen müssen, verdeutlichen einige Zahlen: Laut Statistik kommen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwei Personen im Erwerbsalter für einen Rentner auf. Schon 2025, also in zwölf Jahren, wird es genauso viele 20- bis 59-Jährige wie Kinder und Rentner geben, d. h. genauso viele Erwerbstätige oder Personen zwischen 20 und 59 Jahren wie Kinder und Rentner. Ab 2030, also in 17 Jahren, wird sich sogar eine deutlich angespanntere Entwicklung ergeben. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird dann auf sage und schreibe 27 %, also auf weit mehr als ein Viertel, der Gesamtbevölkerung ansteigen! Das sind rund 10 % mehr als noch zur Jahrtausendwende. 2030 werden fast 7 % der Gesamtbevölkerung über 80 Jahre alt sein. Dementsprechend wird auch die Zahl der Erwerbstätigen ab 2025 deutlich abnehmen, was sich logischerweise aus der abnehmenden Geburtenrate ergibt. 1950 hat eine Frau in Belgien im Durchschnitt noch 2,34 Kinder geboren. 2030 wird die Rate

nur noch bei 1,7 Kindern liegen. Die demografische Entwicklung ist also von zwei Variablen bestimmt: von der Geburtenhäufigkeit, die abnimmt, und von der Lebenserwartung, die zunimmt. Die Zahl der Geborenen übertraf lange Zeit die Zahl der Gestorbenen. Das ist heute nicht mehr der Fall und wird ganz sicherlich in Zukunft nicht mehr der Fall sein.

Das bringt mich zu der Frage, wie wir angesichts dieser Entwicklungen in Zukunft den Begriff der intergenerationellen Solidarität definieren. Von noch größerer Bedeutung ist die Frage, wie wir dabei die Rolle definieren, die der Staat zu übernehmen hat. Können wir von diesem System der Generationensolidarität, des Generationenvertrags nach Waterloo und nach dem Aufbau im Rahmen der Sozialen Sicherheit davon ausgehen, dass die jüngeren Generationen diese Solidarität in Zukunft automatisch übernehmen werden, übernehmen wollen und übernehmen können?

Gemäß dem Grundsatz, dass die Zukunft eine Lobby braucht, müssen wir uns heute ernsthafte Gedanken über die Folgen dieser Entwicklung machen, müssen reagieren und uns kurz-, mittel- und langfristig vorbereiten.

Die soziale Marktwirtschaft ist ein Modell. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns bei der Frage nach dem zukünftigen Modell der intergenerationalen Solidarität weiterhin an der sozialen Marktwirtschaft orientieren sollen. Dieses Modell besagt, dass der Staat intervenieren muss, damit die soziale Gerechtigkeit auch künftig garantiert bleibt. Der Staat hat folglich die Aufgabe, für ein tragfähiges Gesundheits-, Pflege- und Rentensystem zu sorgen, ganz im Sinne eines selbstbestimmten Lebens im Alter. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, denn wie sonst sollten die weniger werdenden Erwerbstätigen die Sozialleistungen für die immer zahlreicher werdenden Alten begleichen können? Ganz zentral ist dabei die Frage, ob eine Gesellschaft nur noch zusammenhalten kann, wenn sie wirtschaftlich wächst? Ist das ein Parameter, den wir vorgeben müssen? Ist es das, was wir unserer Nachfolgeneration vorleben müssen? Ich denke, nein. Eine Lösung wäre, dass der Staat – damit meine ich nicht nur die föderale Ebene, sondern auch die Regionen und Gemeinschaften – ganz gezielt heute schon Reserven anlegt, um die Herausforderungen der Zukunft finanzieren zu können.

Der Präsident, Herr Miesen, übernimmt den Vorsitz.

Jetzt werden Sie sicherlich sagen: „Der hat es relativ einfach. Der sitzt in der Opposition und hat gut Reserven anlegen. Er braucht sie ja nicht direkt zu verantworten.“ Richtig, mit diesem Argument könnte man den Vorschlag leicht abtun ... (*Vereinzelt Gelächter*) Mein Angebot heute Abend ist aber, dass wir uns partei- und fraktionsübergreifend dieser Herausforderung stellen, wohl wissend, dass man, um Reserven zu bilden, zuerst aufzeigen muss, wo man diese Mittel finden kann und wo man einsparen will.

Aus diesem Grund plädieren wir für die Schaffung eines Demografie-Fonds, der in den kommenden Jahren genutzt werden kann, um die Folgen der demografischen Entwicklung abzumildern, und – das ist besonders wichtig – der es uns erlauben würde, flexibler auf die Herausforderungen des Demografiewandels zu reagieren.

Was liegt näher, als für schlechtere Zeiten Reserven anzulegen? Das nennt man vernünftiges Haushalten, denn es ist unbestritten, dass die öffentliche Hand in Zukunft wegen der Folgen der demografischen Entwicklung besonders gefordert sein wird. Daher plädieren wir dafür, dass auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein solcher Fonds eingerichtet wird. Wissenschaftliche Studien besagen, dass dieser Fonds über den laufenden Haushalt mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln zu finanzieren wäre – und zwar in einem Verhältnis von 0,5 bis 1 %, die ganz Optimistischen sprechen sogar von bis zu 5 %. Aber diese Studien haben keine große Lobby, nicht bei den großen Akteuren in der Gesellschaft und meines Erachtens auch nicht in der Politik.

Der Vorschlag der CSP-Fraktion trägt diesen wissenschaftlichen Studien Rechnung. Der Reservefonds sollte mit Mitteln in Höhe von 1,5 % des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft gespeist werden. Das wäre ein deutliches Zeichen dafür, dass die Zukunft

in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Tat eine starke Lobby hat, vorausgesetzt natürlich, dass dieses Geld zweckgebunden verwendet wird, wovon wir alle ausgehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Modell der sozialen Marktwirtschaft spielt neben der staatlichen Leistung auch die Produktivität eine Rolle. Hier ist vor allem der Bereich der Beschäftigungs- und Bildungspolitik tangiert, denn damit wir unser Sozialsystem weiterhin finanzieren können, muss die Produktivität unserer Wirtschaft gewahrt bleiben.

Auch das Potenzial der Bildungspolitik muss vollends ausgeschöpft werden. Wir müssen also hinsichtlich der demografischen Entwicklung auf eine aktive Standort- und Beschäftigungspolitik achten, die die Ausmaße dieser demografischen Entwicklung berücksichtigt.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft als erfolgreicher Beschäftigungs- und Wirtschaftsstandort wird zudem wichtig sein, um neue Erwerbstätige in unsere Region zu locken, die wiederum durch ihre Arbeitskraft in unser soziales System investieren. Ich denke in diesem Zusammenhang an den Fachkräftemangel und an bestehende Initiativen, über die wir im Ausschuss austauschen sollten.

Ich möchte heute Abend neun konkrete Handlungsfelder vorschlagen. Das erste Feld ist nicht neu, aber von fundamentaler Bedeutung: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Familienförderung gehört zu einer der besten Möglichkeiten, dem demografischen Wandel zu begegnen. Familien treten füreinander ein und übernehmen Verantwortung füreinander. Daher müssen wir Familien fördern, stärken und stabilisieren. Familienfreundlichkeit muss daher als Querschnittsaufgabe für alle Bereiche gelten, die wir beeinflussen können.

Durch günstige Rahmenbedingungen sollte jungen Männern und Frauen daher die Entscheidung für Kinder erleichtert werden. Dabei spielt die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf selbstverständlich eine bedeutende Rolle. Diese Vereinbarkeit erreichen wir etwa durch den Ausbau von Kindertagesstätten – ich denke hier an die Kinderkrippe in St. Vith – und durch eine bessere Gleichstellungspolitik, denn gerade auf Frauen können wir in Zukunft im Erwerbsleben gar nicht mehr verzichten. Ihnen müssen gleiche Karrierechancen zugesichert werden. Unternehmen werden dann für gut qualifizierte Frauen attraktiv, wenn sie Hürden beim Einstieg bzw. Wiedereinstieg in den Beruf abbauen.

Familienfreundlichkeit bedeutet unserer Meinung nach auch, dass die Kindererziehung von der Wirtschaft nicht sanktioniert, sondern unterstützt wird, auch wenn Männer und Frauen einmal eine Auszeit nehmen. Wir Männer können uns oft nicht vorstellen, wie schwierig es gerade für Frauen ist, nach einer familienbedingten Auszeit den reibungslosen Wiedereinstieg beispielsweise in einen technischen Beruf, bei dem die Entwicklung in der Zwischenzeit natürlich nicht haltgemacht hat, zu schaffen. Parlament und Regierung sollten diesbezüglich gemeinsame Initiativen ergreifen.

Auch sollten wir den Bau von Kitas oder alternativen Betreuungsformen vorantreiben und damit ein Zeichen setzen. Vielleicht müssen wir darüber hinaus stärker dafür sensibilisieren, dass auch der Vater bei der Kindererziehung seinen Mann stehen muss und kann. Es ist in unserer Gesellschaft keine Schande, wenn Männer Kinder erziehen und die Möglichkeit der Laufbahnunterbrechung nutzen, um sich der Familie zu widmen. Aber das ist noch eher selten der Fall.

Auch bei der Pflege von Angehörigen müssen Familien besser und stärker unterstützt werden. Das ist zugleich eine Chance, um den jüngeren Generationen eine Möglichkeit zu bieten, Solidarität mit den Älteren zu üben. Die für diese Form der Laufbahnunterbrechung gewährte Prämie habe ich hier schon mehrmals vorgestellt. Mit dem Verzicht auf einen Teil seiner Arbeitszeit und mit der finanziellen Unterstützung in Form einer Prämie, die er als Ausgleich erhält, hat ein Arbeitnehmer die interessante Möglichkeit, einen

kranken Familienangehörigen selbst zu pflegen. Eine solche Laufbahnunterbrechung hat auch einen ethischen Aspekt, den man in der ganzen Diskussion nicht außer Acht lassen sollte.

Das zweite Handlungsfeld sind die neuen Wohn- und Lebensformen. Im Bereich der alternativen Wohnformen für ältere Menschen müssen wir uns noch besser vorbereiten. Wir müssen verstärkt in das betreute Wohnen und in verbesserte Modelle der häuslichen Pflege und in deren Finanzierung investieren. In diesem Zusammenhang müssen auch die Wohnungsanpassungen angesprochen werden. Spätestens nach der Übertragung der Zuständigkeit für den Wohnungsbau an die Deutschsprachige Gemeinschaft sollten wir uns mit der Gewährung von Prämien für barrierefreies Bauen, Wohnungsanpassungen oder Pilotprojekte beschäftigen. Die Unterstützung solcher Maßnahmen kann einen Beitrag dazu leisten, dass ältere Menschen länger in ihren eigenen vier Wänden bleiben können.

Über quartiersbezogene Wohnkonzepte wird in Eupen bisher leider nur ansatzweise nachgedacht, aber ich bin der festen Überzeugung, dass sie bedeutende Möglichkeiten darstellen, um der demografischen Entwicklung zu begegnen, weil sie helfen, der Vereinigung von älteren Menschen, die pflegerisch versorgt werden müssen, vorzubeugen, indem diese gesellschaftlich aufgefangen werden. Diese Quartierskonzepte mit ihren neuen Wohn- und Lebensformen sind eine große Herausforderung. Herr Minister Mollers hat für das Konzept der Mehrgenerationenwohnungen bereits Sensibilisierungsarbeit geleistet. So hat der zuständige Parlamentsausschuss vor einigen Wochen solche Projekte in Aachen besichtigt. Diese Form des Zusammenlebens von mehreren Generationen kann ein Ansatz für uns in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sein, Begegnungsstätten zwischen Jung und Alt zu schaffen. Da trifft sozusagen Erfahrung auf Neugier, und das sollten wir fördern.

Das dritte Handlungsfeld ist die Gesundheitspolitik. Auch wenn Alter nicht unbedingt gleichbedeutend mit Krankheit ist, wächst in dieser Lebensphase das Risiko, vor allem an chronischen Krankheiten oder sogar Mehrfacherkrankungen zu leiden. Dies gilt insbesondere für Senioren über 80 Jahre. In unserer Gesundheitspolitik müssen wir daher darauf achten, dass wir gezielt auf diese Klientel und ihre wachsenden Ansprüche eingehen.

In diesem Zusammenhang ist es gut, dass wir durch die sechste Staatsreform die Möglichkeit erhalten werden, die Normen in der Pflege selbst zu definieren und eigene Prioritäten zu setzen. Dabei sollten wir darauf achten, nicht wirtschaftliche Interessen, sondern den Menschen in den Vordergrund zu stellen. Außerdem müssen wir uns viel intensiver Gedanken über die Präventionspolitik der Zukunft machen. Die Staatsreform wird uns auch im Hinblick auf die Gesundheitsfürsorge in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Instrumente an die Hand geben. Wie können wir verstärkt Gesellschaftskrankheiten im Vorfeld vermeiden? Wir sollten diesem Aspekt verstärkt unsere Zeit widmen und dieses Konzept sowohl mit dem Beirat als auch mit den Akteuren hier vor Ort ausarbeiten.

Das fünfte Handlungsfeld ist die Vermeidung der Altersarmut. Ich erzähle Ihnen nichts Neues, wenn ich Ihnen sage, dass Analysen und Studien belegen, dass es für ältere Menschen immer schwieriger wird, mit ihrer Rente, mit ihrem Ersatzeinkommen auszukommen. Dafür gibt es eine logische Erklärung: Die Lebenshaltungskosten steigen stärker als die zweiprozentigen Anpassungen. Das ist ein Phänomen, das in den nächsten Jahren ein verstärktes Risiko darstellen wird. Diesem Phänomen können wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwar nur teilweise entgegenwirken, aber wir sollten bei dieser Aufgabe sehr eng mit den ÖSHZ und den Sozialpartnern zusammenarbeiten und gemeinsam die Instrumente nutzen, die uns zur Verfügung stehen. Wir haben im Rahmen der Haushaltsdebatte bereits ansatzweise über dieses Phänomen austauschen können.

Das sechste Handlungsfeld wäre die Pflegeversicherung. Bereits mehrmals haben wir uns im Ausschuss für die Einführung einer Pflegeversicherung nach flämischem Modell ausgesprochen. Ich habe den Eindruck, dass im Ausschuss sowohl bei einigen Mitgliedern der

Opposition als auch der Mehrheit Interesse an dem einen oder anderen Ansatz besteht, beispielsweise am medizinischen Ansatz. Das ist meines Erachtens eine Basis, auf der man aufbauen könnte. Wenn die relevanten Partner Bereitschaft signalisieren, dann kann es uns gelingen, uns darüber zu einigen, wie in Zukunft eine erweiterte Absicherung der Senioren in unserer Gemeinschaft aussehen könnte. Diese Absicherung kann vielfältigster Art sein und z. B. im Bereich der Pflegedienste angesiedelt sein. In Flandern wird manches durch die Pflichtversicherung abgesichert und in Brüssel manches durch die freiwillige Versicherung. Wir können uns Modelle ausdenken, die auf die Deutschsprachige Gemeinschaft zugeschnitten sind.

Für die CSP ist es von Bedeutung, dass das Prinzip der Solidarität mit den Schwächeren in der Gesellschaft gewahrt bleibt. Das ist unser Leitsatz. Die Basis muss die soziale Marktwirtschaft sein. Der Staat hat die Pflicht, seine definierten Aufgaben im Interesse aller wahrzunehmen.

Wir haben die Möglichkeit, über verschiedene Modelle und die damit verbundenen Mehrkosten zu diskutieren. Wie auch immer wir diese Versicherung oder Teilversicherung auch nennen mögen, Ziel muss es sein, pflegebedürftige Menschen im Alter abzusichern.

Im siebten Handlungsbereich geht es darum, dem Pflegenotstand vorzubeugen. Viele Pflegeeinrichtungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime sowie Dienste der häuslichen Pflege – haben es schwer, adäquates Personal zu rekrutieren. Dafür gibt es viele Gründe. Der Minister hat sie im Ausschuss treffend erläutert. Die Deutschsprachige Gemeinschaft unternimmt sehr viel, um die Pflegeberufe attraktiv zu machen. Diese Berufe werden beworben, in den Einrichtungen werden Schnuppertage organisiert und es gibt ein euregionales Projekt, dessen Ziel es ist, bei der Ausbildung von Fachkräften mit den Partnern in der Euregio Maas-Rhein zusammenzuarbeiten. Die Probleme hören ja nicht an den Grenzen auf und wir können sie nur gemeinsam lösen. Deshalb unterstützen wir das euregionale Projekt voll und ganz und glauben, dass es von durchschlagendem Erfolg sein wird.

Das achte Handlungsfeld ist das lebenslange Lernen. Generell sind wir auf ein Bildungssystem angewiesen, in dem alle Menschen ihre Potenziale entfalten können. Das ist einer der Schwerpunkte. Im Rahmen des lebenslangen Lernens müssen wir gerade junge Arbeitnehmer in technischen Berufen, die heute das Glück haben, eine Arbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu haben, befähigen, mit der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung bis zum Rentenalter mithalten zu können. Wir werden Überlegungen anstellen müssen, wie wir die Wirtschaft verstärkt motivieren können, in entsprechende Weiterbildungen zu investieren, und mit welchen Konzepten die Deutschsprachige Gemeinschaft die Betriebe dabei unterstützen kann.

Meiner Ansicht nach wird die Erwachsenenbildung in dieser Hinsicht in Zukunft eine ganz besondere Rolle spielen. Durch diese Herausforderung wird die Erwachsenenbildung möglicherweise bedeutend aufgewertet. Ich hoffe, dass die Erwachsenenbildungsorganisationen selbst es als Chance begreifen werden, dass sie Arbeitnehmer im Prozess des lebenslangen Lernens begleiten und somit deren Persönlichkeit stärken können.

Das neunte und letzte Handlungsfeld ist das bürgerschaftliche Engagement. Die ältere Generation verfügt über einen Erfahrungsschatz, von dem nicht nur die eigenen Familien, sondern die gesamte Gemeinschaft profitieren kann.

Immer mehr Menschen werden in der Lage sein, sich im Vergleich zu früher länger familiär und gesellschaftlich zu engagieren. Zur Förderung ...

HERR MIESEN, Präsident: Herr Kollege Meyer, ich unterbreche Sie nur ungern, aber ich möchte Sie an Ihre Redezeit erinnern.

HERR MEYER (*vom Rednerpult*): Ich komme jetzt zum Schluss. Noch zwei Minuten, Herr Präsident, dann habe ich meinen Redebeitrag beendet.

HERR MIESEN, Präsident: Vielen Dank!

HERR MEYER (*vom Rednerpult*): Können Sie damit leben?

HERR MIESEN, Präsident: Damit kann ich leben!

HERR MEYER (*vom Rednerpult*): Dankeschön! Wie gesagt, die Menschen werden mehr Möglichkeiten haben, sich gesellschaftlich zu engagieren. Es steigert die Lebensqualität der Senioren, wenn sie merken, dass sie gebraucht werden. Für diese Entwicklung sollten wir ebenfalls schon jetzt die Weichen stellen.

Stichwort „Lebensqualität im Alter“: Die über 65-Jährigen der Zukunft werden anders sein und leben als die Senioren vor hundert Jahren. Aufgrund der allgemein gestiegenen Lebensqualität, der hohen Lebenserwartung und einer bewussten gesunden Lebensführung haben wir es heute mit sehr aktiven, fitten Senioren zu tun. Wir müssen dafür sorgen, dass sie in unsere gesellschaftlichen Aktivitäten und in die Herausforderungen unserer Gesellschaft eingebunden bleiben.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen uns vorbereiten. Ja, wir müssen schon jetzt Überlegungen anstellen. Aber wir sollten angesichts der demografischen Entwicklung nicht in Panik verfallen. Ich möchte meine Stellungnahme mit einem Zitat beenden. Schon 1953 titelte die österreichische *Neue Tageszeitung*: „Sozialstaat in der Sackgasse – wer zahlt morgen noch die Renten?“ Selbst Konrad Adenauer soll 1953 angesichts der damaligen Bevölkerungsentwicklung gesagt haben – ich zitiere: „Dann sterben wir ja alle aus!“

Heute schreiben wir das Jahr 2013, und zum Glück ist seine Prophezeiung nicht eingetroffen.

Natürlich hat es dafür Reformen und ...

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): Er ist aber wohl gestorben!

HERR MEYER (*vom Rednerpult*): ... alternativer Lösungen bedurft. ... Richtig, Herr Ministerpräsident!
(*Vereinzelt Gelächter und Unruhe im Saal*)

Ich bin mir sicher, dass auch wir Lösungen finden werden. Wir müssen eine vorausschauende Politik machen und die Attraktivität unserer Gegend als Wirtschafts- und Lebensstandort steigern, damit Zukunft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Lobby hat. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Allgemeiner Applaus*)

HERR MIESEN, Präsident: Für die SP-Fraktion hat Frau Stoffels das Wort.

FRAU STOFFELS (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Meyer hat den deutschen Bundeskanzler Adenauer zitiert, dann zitiere ich Willy Brandt. Das ist ja logisch, oder? ... (*Vereinzelt Gelächter*) ... Willy Brandt hat einmal gesagt: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusehen, ist, sie zu gestalten.“ Dieses Zitat steht auch auf der ersten Seite des ersten Bands zum Regionalen Entwicklungskonzept.

Eine der vielen Gelegenheiten, sich an der Gestaltung der Zukunft zu beteiligen, ist die heutige Themendebatte zu den Herausforderungen des demografischen Wandels. Heute geht es also hauptsächlich um die Frage, was getan werden muss, damit die Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den nächsten Jahrzehnten unter guten Lebensbedingungen alt werden können. Dazu werde ich im Namen der SP-Fraktion einige Wünsche, Empfehlungen und Forderungen vortragen.

Wer ein starkes, widerstandsfähiges Haus bauen will, der sorgt zuerst für ein gutes Fundament. Diese Maxime gilt nicht nur für die Baubranche, sondern auch für den Auf- und Ausbau einer solidarischen Gesellschaft, die den Willen hat, allen Generationen eine gute Lebensqualität und Menschenwürde zu ermöglichen. Im Seniorenbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist seit deren Autonomie allmählich ein gutes Fundament gelegt worden. Viele Vorschläge von Organisationen, Verbänden, Parteien, Dienstleistern und Experten aus dem In- und Ausland sind in die Dekretarbeit eingeflossen. In vielen Seminaren und Ausschusssitzungen sind Maßnahmen mit den jeweiligen Regierungsmitgliedern erörtert worden. Viele Vorschläge konnten umgesetzt werden. Für andere Vorschläge wiederum war die Zeit scheinbar noch nicht reif. Ich denke hier zum Beispiel an neue Wohnformen im Alter. Es ist auch im wahrsten Sinne des Wortes gebaut worden – Stichwort „Abbau des Infrastrukturstaus“. Dabei sind auch viele Mittel in Senioreneinrichtungen geflossen. Es ist schon sehr viel getan worden, aber es bleibt auch noch sehr viel zu tun.

Wir gehören also zu den Glücklichen, die, ausgehend von einem guten Fundament, die weitere Planung und den weiteren Ausbau vornehmen können. Wir können dies – das muss hier auch einmal erwähnt werden –, weil wir glücklicherweise in einem Landstrich leben, der nicht zuletzt dank der europäischen Vereinigung seit mehr als einem halben Jahrhundert von Krieg und Zerstörung verschont geblieben ist.

Zudem haben wir nicht vor, uns durch die derzeit herrschende Finanz- und Wirtschaftskrise von einer Zukunftsplanung und -gestaltung abbringen zu lassen. Mag sein, dass ohne diese Krise so manches hätte schneller umgesetzt werden können. Aber aufgeschoben ist bekanntlich nicht aufgehoben.

Wer für die Zukunft plant, muss sich zuerst einmal mit Daten und Prognosen auseinandersetzen. In vielen Sitzungen hat sich der Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales mit der demografischen Entwicklung befasst; wir haben viele Antworten auf unsere Fragen und umfassendes Datenmaterial erhalten und in einen Bericht einfließen lassen. Unsere Parlamentsverwaltung und insbesondere unser Ausschussbetreuer haben es wieder einmal geschafft, die wesentlichen Informationen in einem gut strukturierten Bericht wiederzugeben. Dafür möchte ich mich im Namen der SP-Fraktion nochmals recht herzlich bedanken!

Wie dem Bericht zu entnehmen ist, muss darauf hingewiesen werden, dass Prognosen für unsere Gemeinschaft aufgrund ihrer Kleinheit immer mit Vorbehalt interpretiert werden müssen, denn eine verhältnismäßig geringe Bevölkerungszahl lässt statistisch weniger zuverlässige Resultate zu als große soziale Gruppen.

Schauen wir uns die Prognosen ungeachtet dessen jedoch einmal an. Prognostiziert wird, dass ab 2020 – schon in sieben Jahren – der prozentuale Anteil der über 65-Jährigen in der Bevölkerung permanent ansteigen und sich bis 2040 verdoppeln wird. Demgegenüber ist der Anteil der Geburten seit den 1990er-Jahren rückläufig. Hinzu kommt, dass eine nicht unerhebliche Anzahl junger Menschen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft weggezogen ist. Auf die Frage, wie wir junge Menschen, junge Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft halten können, komme ich im Laufe meiner Stellungnahme noch zurück.

Insgesamt ergibt sich ein demografisches Ungleichgewicht, das uns vor große Herausforderungen stellt. Darüber hinaus sind die Familien kleiner geworden. Dadurch fallen immer mehr innerfamiliäre Hilfsmöglichkeiten weg.

Zu beachten ist ferner, dass es künftig stets mehr Menschen geben wird, die von der Altersarmut betroffen sein werden oder zumindest aufgrund einer kleinen Rente am Rande der Armut stehen werden. Insbesondere Frauen, die in der Vergangenheit nicht berufstätig waren oder wegen der Betreuung von Kindern und Angehörigen keine gute

Altersrente aufbauen konnten, sind, wenn sie nicht durch die Rente ihres Partners abgesichert sind, von Armut bedroht. Die Bekämpfung der Altersarmut wird eine der großen Herausforderungen sein, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Im Rahmen unserer Zuständigkeit müssen in dieser Hinsicht soziale Maßnahmen ergriffen werden.

Nachdem ich jetzt einige Prognosen beleuchtet habe, möchte ich im Folgenden auf unsere Wünsche, Empfehlungen und Forderungen eingehen.

Ein im Zuge der demografischen Entwicklung und unter Berücksichtigung der steigenden Altersarmut zentraler Aspekt der Herausforderungen ist eine Unterstützungspolitik für die weniger vermögenden Senioren. Unterschieden werden muss auch zwischen Senioren, die fit sind und noch aktiv am Leben teilhaben möchten, und Senioren, die hilfs- und pflegebedürftig sind. Bei Letzteren muss wiederum differenziert werden zwischen denen, die mit Hilfe und Pflege noch in ihrer eigenen Wohnung leben können, und denen, die wegen eines zu großen Hilfs- und Pflegebedarfs in ein Alten- und Pflegewohnheim umziehen müssen.

Demzufolge ist die Seniorenpolitik – darin stimme ich mit Kollege Meyer überein – eine Querschnittsaufgabe. Eine erste Aufgabe besteht darin, für Senioren eine gute Zugänglichkeit zu den Diensten, zu kulturellen, sportlichen und anderen Freizeitangeboten zu gewährleisten. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Seniorinnen und Senioren, die aktiv sind, länger fit bleiben. Somit ist es also nicht nur aus menschlicher Sicht, sondern auch aus volkswirtschaftlicher Sicht wichtig, dass wir ihnen in einem möglichst großen Umfang die Teilhabe an Aktivitäten ermöglichen.

Wie kann man erreichen, dass Seniorinnen und Senioren, die keine eigene Fahrmöglichkeit besitzen, trotzdem an sportlichen und kulturellen Veranstaltungen und Freizeitangeboten teilnehmen können? Wie kann ihnen geholfen werden, ehrenamtlich tätig zu sein? Hier wäre unser Vorschlag, ein zentral organisiertes Sammeltaxensystem mit sozialverträglichen Preisen einzuführen, dem sich private und öffentliche Anbieter anschließen können. Dieses Sammeltaxensystem muss nicht auf Senioren beschränkt bleiben, sondern könnte von jedermann genutzt werden.

Diejenigen, die eine sinnvolle Freizeitgestaltung suchen bzw. Aktivitäten mit anderen unternehmen möchten, brauchen auch einen Treffpunkt, einen Ort, an dem sie ihre Hobbys leben und ihre Fähigkeiten einbringen können. Als richtungsweisendes Beispiel für einen solchen Treffpunkt kann das Seniorendorfhaus in Schönberg stehen, das viele Aspekte eines zukunftsgerichteten Modells aufweist, indem es Aktivitäten und Hilfeleistungen unterschiedlicher Art unter einem Dach vereint. Ich brauche wohl nicht explizit zu erwähnen, dass dieses Modell auch in anderen Gemeinden etabliert werden sollte.

Ferner müssen wir darauf achten, dass ländliche Ortsteile belebt und attraktiv sind, damit auch heimatverwurzelte junge Leute und Familien dort wohnen bleiben möchten. Dies ist nicht unwichtig, wenn in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein flächendeckendes innerfamiliäres Versorgungs- und Hilfenetz aufrechterhalten werden soll. Je mehr Familienangehörige in der Nähe von hilfsbedürftigen Seniorinnen und Senioren wohnen bleiben können, desto geringer wird der außerfamiliäre Hilfsbedarf sein.

Eine flankierende Komponente wird dabei aber auch sein, ob diese jungen Leute und Familien in der Nähe ihres Wohnorts einen Arbeitsplatz finden. Wohnortnahe Arbeitsplätze werden gerade von Eltern, die Familie und Beruf erfolgreich unter einen Hut bringen wollen, bevorzugt gesucht. Deshalb wird bei der Wahl des Arbeitsplatzes sicherlich nicht nur die Höhe des Gehalts ausschlaggebend sein; Faktoren wie eine gute Kinderbetreuung, gute Schulen, gute Freizeitmöglichkeiten und gute Verkehrsanbindungen werden dabei ebenso eine Rolle spielen.

Auch sollten die Gemeinden, die ein fundamentales Interesse daran haben, dass Familienverbände nicht unnötig durch äußere Faktoren auseinandergerissen werden, noch

mehr als bisher preiswertes Bauland anbieten, damit jungen Familien ein Anreiz geboten wird, in der Gemeinde zu bleiben.

Die von mir bisher gemachten Anregungen zeigen, wie stark eine aktive Seniorenpolitik auf kommunaler Ebene angesiedelt ist.

Ein anderer Aspekt, der mit dem demografischen Wandel zunehmend an Bedeutung gewinnt, sind neue Wohnformen für Senioren. Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales hat bekanntlich kürzlich in Aachen ein sogenanntes Mehrgenerationenhaus besichtigt.

Der Druck auf den Mietwohnungsmarkt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird vor allem wegen der Grenznähe vieler Gemeinden noch weiter ansteigen. Insbesondere ältere Menschen, die nur eine kleine Rente beziehen, werden es deshalb künftig wohl immer schwerer haben, die ständig steigenden Mieten noch zu zahlen. Darauf muss mit neuen Wohnformen, beispielsweise intergenerationeller Art, reagiert werden. Auch der öffentliche Wohnungsbau kann hier ein wichtiger Hebel sein. Die mögliche Übertragung der Zuständigkeit für die Raumordnung und den sozialen Wohnungsbau könnte uns dabei helfen, die entsprechenden Herausforderungen mit auf unsere Verhältnisse angepassten Maßnahmen zu meistern.

Zu bemerken ist allerdings, dass es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch sehr viele Eigenheimbesitzer gibt. Ihnen fällt es im Gegensatz zu Bewohnern von Mietwohnungen meist schwerer, ihre gewohnte Umgebung im Alter zu verlassen und in eine neue Wohnform umzuziehen. Ob und wie stark hier eine Mentalitätsveränderung stattfinden wird, hängt sicherlich davon ab, ob es gelingt, Interesse für neue Wohnmodelle zu wecken.

Eine weitere Facette des demografischen Wandels ist das aufgrund der zunehmenden Zahl hochbetagter pflegebedürftiger Personen erforderliche professionelle Pflegepersonal. Obwohl in unserer Gemeinschaft viel getan wird, um junge Menschen für einen Pflegeberuf zu motivieren, ist abzusehen, dass wir aufgrund eines steigenden Bedarfs an professioneller Hilfe im Pflegebereich mit einem Personalmangel rechnen müssen, der in einem gewissen Maße bereits heute besteht. Neben der Aufgabe, vermehrt junge Menschen für einen Pflegeberuf zu begeistern, sollte auch versucht werden, aus vielfältigen Gründen frühzeitig aus dem Berufsleben ausgeschiedene Pflegekräfte erneut für eine Berufsausübung zu gewinnen.

Der Pflegepersonalmangel wird es ebenfalls notwendig machen, ältere Arbeitslose, die an einem sozialen Beruf interessiert sind, so weit wie eben möglich umzuschulen, um sie im Pflegesektor einsetzen zu können.

Nicht zu unterschätzen ist auch das Potenzial, das aus dem Ausland stammende Pflegekräfte bilden. Die Nachfrage nach professioneller häuslicher Pflege ist jetzt schon so groß, dass viele Angehörige auf osteuropäische Arbeitskräfte zurückgreifen.

Nicht aus den Augen verloren gehen darf die Unterstützung pflegender Angehöriger. Gegenwärtig wird ein erheblicher Anteil pflegebedürftiger alter Menschen noch von Angehörigen gepflegt. Sie sind die stillen Helden. Damit dies auch in Zukunft bei einem wachsenden Anteil pflegebedürftiger hochbetagter Menschen möglich bleibt, müssen Angehörige von der öffentlichen Hand begleitet, beraten und geschult werden. Möglicherweise sind Angehörige eher bereit, einen Teil der Pflege zu übernehmen, wenn sie gut beraten und geschult sind. Diese individuelle Begleitung, Beratung und Schulung wird eine große Herausforderung für den häuslichen Begleitdienst Eudomos werden.

Zur Entlastung pflegender Angehöriger werden wir außerdem mehr Tagespflege- und Kurzzeitpflegeangebote benötigen. Diese sollten möglichst in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingerichtet werden.

Auch ein gut funktionierendes und preisgünstiges System der Ausleihe und des Verkaufs von materiellen Hilfen, die eine Wohnungsanpassung ermöglichen und so das tägliche Leben in den eigenen vier Wänden erleichtern, muss vorhanden sein.

Die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Pflegebetten wird für die Deutschsprachige Gemeinschaft ebenfalls eine große Herausforderung im Alten- und Pflegeheimbereich sein. Auf den personellen Aspekt bin ich ja bereits eingegangen.

Wie viele Alten- und Pflegeheimplätze in der Deutschsprachigen Gemeinschaft benötigt werden, hängt nicht zuletzt davon ab, wie erfolgreich wir die aufgezeigten mobilen Herausforderungen bewältigen können.

Ziel aller Maßnahmen sollte sein, dass ein Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim nur dann erfolgt, wenn absolut keine andere Möglichkeit mehr besteht.

Wie Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Seniorenpolitik aufgrund der Herausforderungen des demografischen Wandels eine wahrhaftige Querschnittsaufgabe, der wir uns in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stellen müssen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der SP, der PFF und ProDG)

HERR MIESEN, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Frau Franzen das Wort.

FRAU FRANZEN *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Ich habe kein Zitat, um meine Intervention zu beginnen, und werde auch nicht die Zahlen wiederholen, die meine beiden Vorredner bereits genannt haben, denn das wäre unsinnig.

Die soeben genannten Zahlen weisen deutlich auf die großen gesellschaftlichen Veränderungen hin, vor denen wir stehen. Es liegt an uns, deren Chancen und Risiken zu identifizieren und Visionen für ein Gesellschaftsmodell von morgen zu entwickeln, das wir ab sofort schrittweise umsetzen sollten. Wenn sich möglichst viele politische und gesellschaftliche Kräfte auf ein Modell einigen, an dem sie langfristig stricken wollen, ist die Chance, die Herausforderungen der demografischen Entwicklung zu meistern, am größten.

Eine erste Überlegung möchte ich mit „Alles ist in allem!“ betiteln. Bei demografischer Entwicklung denkt man meist zuerst an den zunehmenden Bedarf an Pflege- und Wohnstrukturen für ältere Menschen. Das muss schon heute bei der Planung der Alten- und Pflegeheime und der ambulanten Dienste berücksichtigt werden. Dazu stellen sich folgende Fragen: Wer wird diese Pflege leisten? Ist unser Schul- und Ausbildungssystem schon heute darauf ausgerichtet? Haben wir noch genügend junge Menschen, die morgen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft leben und arbeiten und für die Entwicklung unserer Region sorgen werden? Was können wir heute tun, um junge Menschen in unserer Region zu halten?

Dies wirft dann auch einen neuen Blick auf die Zuwanderung. Da sind Menschen, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Zukunft aufbauen möchten. Allerdings kommen viele von ihnen mit einem für uns fremden kulturellen Hintergrund bei uns an. Wir haben also Interesse daran, für das Gelingen eines kulturellen und sozialen Miteinanders zu sorgen. Das bedeutet, dass wir heute politische Maßnahmen in Bezug auf Sprachkurse, Begleitung von zugewanderten Menschen und Förderung von Begegnung ergreifen müssen, damit wir von einem Neben- zu einem Miteinander kommen.

Wie muss der Wohn- und Lebensraum gestaltet werden für eine Gesellschaft, in der ein Viertel der Bevölkerung im Rentenalter ist, in der mehr als 10 % der Menschen über 75 Jahre alt sind? Die Altersstruktur hat Einfluss auf den Bedarf und die Art des zu

schaffenden Wohnraums, auf die Gestaltung der Viertel und Dörfer. Lebensnotwendige Dienstleistungen wie Geschäfte, Post, Bank, Arzt, Frisör müssen dezentral erreichbar sein. Das bedeutet eine radikale Kehrtwende zu den heutigen Tendenzen.

Stellen wir uns Dörfer und Wohnviertel vor, in denen ein Mix von Jungen und Alten zusammenlebt, oder wollen wir seniorenrechtliche Stadtviertel und Dörfer, in denen hauptsächlich Senioren unter sich leben? Auch das kann durch politische Entscheidungen gelenkt werden. Wie viel professionelle Dienstleistungen kann sich unsere Gesellschaft morgen noch leisten? Wie sehr wollen und müssen wir auf intergenerationelle Hilfen bauen? Wie können wir das fördern? All diese Themen betreffen hauptsächlich die Zuständigkeit unserer Gemeinschaft und zum Teil auch die Zuständigkeiten, die wir morgen gerne ausüben möchten.

Natürlich sind noch ganz andere Aspekte tangiert. Wie werden morgen die Renten gezahlt? Wie soll das System der sozialen Sicherheit funktionieren, wenn proportional immer weniger Menschen über ihre Arbeit in die Sozialkasse einzahlen? Damit befinden wir uns dann bei der Frage des Eintritts ins Rentenalter usw.

Die Menschen werden älter, sie altern aber auch später. Die Anzahl der aktiven Rentner wird genauso steigen wie die der pflegebedürftigen Menschen. Das ist ein Reichtum, auf dem es aufzubauen gilt. Sie sehen was ich mit „Alles ist in allem!“ meine.

Es wird nicht möglich sein, diese Veränderung ausschließlich mit unseren bewährten Modellen zu schultern. Wir können uns nicht mit einer kurzsichtigen Vorgehensweise begnügen. Wir planen nicht nur für diejenigen, die jetzt 60 Jahre oder älter sind, sondern auch für die, die jetzt 40 Jahre alt sind. Deshalb reicht unserer Meinung nach eine Umfrage bei den über 60-Jährigen nicht aus, wenn es um die Erstellung des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts geht.

Für ECOLO sind drei grundsätzliche Aspekte wichtig: Erstens, die öffentliche Hand muss ein Netz von ambulanten und stationären Grunddienstleistungen absichern, das auf den bereits bestehenden Diensten aufbauen kann und soll, jedoch auch erweitert werden muss. Die Rolle der zentralen Beratungs- und Orientierungsstelle wird dabei an Bedeutung gewinnen. Diese Dienstleistungen müssen für alle zugänglich und für alle bezahlbar sein.

Zweitens, wir müssen festlegen, was wir von den Bürgerinnen und Bürgern erwarten. Wir dürfen nicht die Illusion entstehen lassen, dass wir den gesamten Bedarf mit professionellen Dienstleistungen abdecken können. Wir brauchen eine solidarische Gesellschaft, in der soziale Verbindungen gestärkt werden und der Vereinsamung entgegengewirkt wird. Die Politik muss Regelwerke schaffen, die dieses Ziel verfolgen und unterstützen, beispielsweise bei der Anerkennung von sozialen Treffpunkten oder bei der Stärkung des Ehrenamts, aber auch im Bereich Raumordnung und Wohnungsbau oder bei der ländlichen Entwicklung.

Drittens, Politik kann ein Klima für Innovation schaffen und fördern. Dazu gibt es ein Projekt im REK, das allerdings hauptsächlich für den Wirtschaftsbereich gilt. Innovation ist aber auch für die Herausforderungen der demografischen Entwicklung gefragt. Die Politik kann und soll Anlaufstellen einrichten, die die Bürgerinnen und Bürger bei der Entwicklung von eigenen Projekten unterstützen, beispielsweise durch Information und Weiterleiten von Know-how.

Vor Kurzem hat der Ausschuss die Arbeit der Kontaktstelle für neue Wohnformen der Stadt Aachen kennengelernt. Ähnliche Modelle sind auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft denkbar, zum Beispiel Genossenschaftsmodelle, wo Menschen Hilfestellung für andere erbringen und sich damit ein eigenes Anrecht auf Hilfeleistung erarbeiten. Es geht nicht unbedingt immer darum, alle Initiativen mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren, sondern ihre Entstehung zu fördern.

Ich möchte noch einige Überlegungen zu einzelnen Themen vorbringen. In Bezug auf Wohnraum und Wohnsituation hat es bei uns in den letzten Jahren interessante Entwicklungen gegeben: Kurzzeitpflege und Tagespflege, Essen auf Rädern, gemeinsame Mittagstische, direkte Verbindungen zwischen ambulantem und stationärem Bereich, betreute Wohnungen. Das Dorfhaus Schönberg befindet sich in der Entstehungsphase. Von anderen Modellen ist bisher nur die Rede: Wohngemeinschaften, intergenerationelles Wohnen, Seniorenresidenzen, da wo neuer Wohnraum entsteht. Als politisch Verantwortliche müssen wir das Entstehen dieser neuen Wohnformen gezielt voranbringen und sie noch erweitern.

Der Bedarf an Pflege und an Dienstleistungen wird steigen. Wer wird diese erbringen? Viele Familien sind bereit, bei der Hilfe und Pflege ihrer Senioren eine zentrale Rolle zu übernehmen. Allerdings brauchen sie dabei Unterstützung. Neben den Dienstleistungen für die Senioren selbst kann die Deutschsprachige Gemeinschaft in die helfenden Angehörigen investieren, zum Beispiel, indem sie ihnen Haushaltshilfen für ihre eigenen Familien oder andere positive Anreize zur Verfügung stellt. Das allein wird allerdings nicht genügen. Die Politik muss auch über eine soziale Absicherung von pflegenden Angehörigen nachdenken. Dies wurde von mindestens einem meiner Vorredner bereits erwähnt. Pflegende Angehörige wären manchmal bereit, beruflich kürzerzutreten und zu Hause Hilfeleistungen zu erbringen, wenn ihnen dafür ein sozialer Rahmen geboten würde.

Dabei drängt sich noch ein anderes Thema auf, das bereits von Frau Stoffels angesprochen wurde: Schon jetzt greifen viele Familien auf die Hilfe von Frauen aus dem Osten zurück, die relativ kostengünstig Hilfeleistungen und häufig eine Rund-um-die-Uhr-Versorgung für Senioren erbringen. Dieser Markt tut sich ganz unabhängig von der Politik auf. Ich kann die Familien verstehen, die darin eine angepasste Hilfe suchen und finden. Nichtsdestotrotz wirft diese Art der Hilfeleistung auch Fragen auf: Wie steht es mit arbeitsrechtlichen und menschenrechtlichen Aspekten? Bauen wir unsere Hilfsnetzwerke neben diesen privaten Hilfen aus oder wollen wir eine Verbindung zwischen ihnen? Wie steht es mit der Qualitätssicherung? ECOLO ist jedenfalls der Meinung, dass wir diese Entwicklung nicht ohne rechtlichen Rahmen lassen dürfen. Herr Minister Mollers, ich würde gerne Ihre Einstellung zu diesen Fragen hören und erfahren, wie Sie damit umzugehen gedenken.

Die höhere Lebenserwartung bringt neue Krankheitsbilder mit sich. Demenz ist dabei ein wichtiges Thema, aber nicht das einzige. Der Konsum von Psychopharmaka in Altenheimen ist enorm gestiegen. Es ist erwiesen, dass vermehrt neue psychische Krankheitsbilder auftreten, zum Beispiel die Altersdepression. Diese Krankheitsbilder brauchen eigene Behandlungsformen. Familienangehörige und das Personal in den Hilfsdiensten und Altenheimen sind mit diesen Krankheitsbildern häufig überfordert. Die Gesellschaft muss diesen Bedarf aufgreifen und gezielt Hilfen anbieten, um die Lebensqualität der Betroffenen zu erhalten oder wiederherzustellen.

Die Gefahr von Altersarmut wurde ebenfalls schon von meinen beiden Vorrednern angesprochen. Die Ersatzeinkommen und die Renten sind nicht im gleichen Maße gestiegen wie die Lebenshaltungskosten. Viele alte Menschen leben unter der Armutsgrenze. Das muss unterbrochen werden, was nur – das weiß ich – durch politische Entscheidungen auf Landesebene möglich ist. Dennoch müssen wir das Problem der Armut auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft deutlich vor Augen haben und auf sozialverträgliche Preise unserer Dienstleistungen achten. Öffentlich unterstützte Dienste müssen allen Menschen zugänglich sein, so zum Beispiel die betreuten Wohnungen, deren Bau von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst wird. Kann die Deutschsprachige Gemeinschaft an ihre Bezuschussung Bedingungen in Bezug auf die Mietpreise knüpfen, sodass sich auch Menschen mit kleinen Einkommen diese Wohnungen leisten können?

Durch die sechste Staatsreform werden die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Seniorenbereich vor allem durch die Übertragung der Altenheimpolitik und

der Beihilfen für Senioren enorm erweitert. Eine Herausforderung wird sein, diese neuen Zuständigkeiten optimal mit dem Bestehenden zu vernetzen.

Minister Mollers arbeitet an einem seniorenpolitischen Gesamtkonzept, was sinnvoll ist. Wir, die ECOLO-Fraktion, erwarten von diesem Konzept, dass es die Herausforderungen der demografischen Entwicklung benennt, dass es ein Modell zeichnet, wie Senioren in Zukunft in unserer Gesellschaft leben, welchen Platz und welche Rolle sie einnehmen sollen, und dass es einen Plan entwirft, wie wir dieses Gesellschaftsmodell schrittweise verwirklichen können.

Die demografische Entwicklung wird alle Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft berühren. Demzufolge muss das seniorenpolitische Gesamtkonzept entsprechend breit angelegt sein.

Bei alledem stellt sich natürlich die zentrale Frage, wie und womit wir diese Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezahlen werden. Wir müssen diese Entwicklung und vor allen Dingen unsere diesbezüglichen Pläne schon heute beziffern. Die Zahlen müssen in die Finanzsimulation der Deutschsprachigen Gemeinschaft einfließen. Ich bezweifle, dass diese jetzt schon entsprechend berücksichtigt worden sind. Sie werden aber unsere Finanzsituation von 2038, von der hier so oft die Rede ist, wesentlich beeinflussen. Auch dieser Finanzplan sollte Teil des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts sein.

Ich beende meine Intervention mit einem Wunsch: Es wäre sinnvoll, wenn wir uns parteiübergreifend auf eine gemeinsame Zukunftsvision einigen könnten. Das sollte bei dieser Thematik möglich sein, zumindest bis zu einem gewissen Grad. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Allgemeiner Applaus)

HERR MIESEN, Präsident: Für die PFF-Fraktion hat Herr Keul das Wort.

HERR KEUL (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die demografische Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die damit verbundenen Herausforderungen kann man effektiv als eine Querschnittsaufgabe betrachten, deren Tragweite nicht unterschätzt werden sollte.

Ich werde ebenfalls nicht auf die eben genannten Zahlen zurückgreifen. Auch werde ich keine weiteren Projekte anführen, stattdessen jedoch die Vorstellungen der PFF-Fraktion klar zum Ausdruck bringen.

Den publizierten Bevölkerungsprognosen zufolge werden im Jahr 2020 fast 80.000 Einwohner ihren Lebensabend in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbringen, und das trotz sinkender Geburtenzahlen. Insbesondere werden wir einen beträchtlichen Zuwachs von deutschen Staatsbürgern und, wie eben bereits erwähnt, eine höhere Lebenserwartung feststellen können. Im Jahr 2030 rechnet man bei den Frauen mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 86,5 Jahren und bei den Männern von 81 Jahren. Des Weiteren wird die durchschnittliche Größe der Haushalte sinken. Das gemeinsame Wohnen und Leben mit den Eltern hat bereits einen Rückgang erfahren; eine Situation, die eigentlich bedauernswert ist, da das Zusammenleben die Familien stärkt und viele andere Türen öffnet. Es ist fast immer jemand im Haus, wenn Kleinkinder oder ältere Person zu betreuen sind. Insbesondere die Personengruppe der über 80-Jährigen, die auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zunehmen wird, hat einen erhöhten Pflegebedarf.

Die soziale Sicherheit steht natürlich im Vordergrund. Hier ist geschultes Personal gefordert. Wir werden Anreize schaffen müssen, um Personal im Pflege- und Hilfsbereich zu finden, denn die Nettolöhne im Großherzogtum Luxemburg sind bedeutend höher. Jedoch sollten wir auch hier optimistisch sein und die Beschäftigungsaussichten durch qualifiziertes Personal verbessern. Bildung und Weiterbildung können nur Vorteile bringen.

Unsere Gesellschaft muss aktiv handeln, Leitlinien festlegen und ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept schnüren, um weiterhin bedarfsgerecht reagieren zu können. Wir müssen den Senioren den best- und längstmöglichen Verbleib in ihrer eigenen Wohnung ermöglichen. Dies sollte oberste Priorität sein und stets im Auge behalten werden.

Das Dekret vom 4. Juni 2007 sieht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedeutende Angebote wie Kurzzeitpflegestätten, Seniorenresidenzen, Nachtpflegestätten, Alten- und Wohnpflegeheime, Tagesstätten, Tagesbetreuungsstätten und betreutes Wohnen vor.

Um den Erhalt der Selbstständigkeit mit einem selbstbestimmten Leben gewährleisten zu können, werden wir für unsere Senioren neue Wohnformen entwickeln müssen. Zudem werden wir uns bemühen müssen, die notwendigen Handlungsspielräume zu schaffen und nach der Übertragung der Zuständigkeit für diesen Bereich neue altersgerechte Wohnformen ins Leben zu rufen. Wenn Wohnungsanpassungen notwendig sind, muss die Gewährung von Prämien, Umzugsbeihilfen und finanziellen Unterstützungen für diverse Einrichtungen, Einzel- oder Pilotprojekte natürlich garantiert werden.

Wir, die PFF Fraktion, sind der Meinung, dass in der Deutschsprachigen Gemeinschaft jeder unabhängig von seinen finanziellen Verhältnissen die auf seine spezifischen Bedürfnisse abgestimmte Pflege oder Wohnmöglichkeit erhalten sollte. Auf jeden Fall sollten sich Fachleute mit dieser Materie befassen, um Fehlplanungen zu vermeiden.

Das bereits angesprochene Modell des Mehrgenerationenhauses, das Ausschuss IV in Aachen besichtigt hat und von dem alle positiv beeindruckt waren, könnte ich mir auch sehr gut auf dem ländlichen Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorstellen. Es ist unkompliziert und jeder kann sein eigenes Leben als Mieter oder Eigentümer gestalten. Jedoch stellen sich auch in einem Mehrgenerationenhaus bedeutende Probleme, u. a. was die Verwaltung und den Unterhalt betrifft. Man sollte sich nicht einfach ins Abenteuer stürzen, sondern Vorsicht walten lassen und sachbezogen handeln. Es sollte bedacht werden, dass es bei einem solchen Wohnmodell bedeutende Altersunterschiede geben kann, beispielsweise kann es sein, dass ein 85-Jähriger mit einem 20-Jährigen unter einem Dach leben muss. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass trotz konkreter Vorstellungen immer auch der gute Wille vorhanden sein muss, und falls Klärungsbedarf besteht, sollte man sich ganz einfach eines Besseren belehren lassen.

Wir sollten von den Erfahrungen und Ausbildungen anderer Partner in der Grenzregion lernen und neue Modelle entwickeln. Wie ich soeben bereits betonte, müssen wir Anreize schaffen, um Qualifizierungsmaßnahmen, Aus- und Weiterbildungen und die Bindung von Personal durch Aufzeigen neuer Laufbahnmöglichkeiten sowie professionelle Hilfe für Pflegebedürftige in Wohngruppen zu ermöglichen.

Die Möglichkeiten der Pflege durch Angehörige müssen thematisiert werden. Des Weiteren muss geklärt werden, welche materiellen Entschädigungen und Unterstützungsangebote pflegenden Angehörigen gewährt werden könnten, denn eine langjährige Betreuung kann schon sehr belastend sein. Wir sollten Maßnahmen ergreifen, um pflegende Angehörige zu entlasten.

Auf jeden Fall müssen wir konkrete Strategiepläne für eine optimale Übernahme der Zuständigkeiten im Rahmen der sechsten Staatsreform entwerfen und alternative Projekte fördern. Seniorenwohngemeinschaften oder betreute Wohnungen bilden eine gute Alternative. Bei der Schaffung alternativer Wohnräume und Wohnformen sollte darauf geachtet werden, diese auch im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzusiedeln.

Wir sind davon überzeugt, dass wir auch den Privatsektor für die Seniorenpolitik sensibilisieren können. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(Applaus bei der PFF, der SP und ProDG)

HERR MIESEN, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Balter das Wort.

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Herr Präsident, Mitglieder von Regierung und Parlament, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Der demografische Wandel ist ein Begriff, den man in den letzten Jahren immer öfter hört und der eine Herausforderung nicht nur für die soziale Sicherheit, für unser Rentensystem und die Politik, sondern für die gesamte Gesellschaft darstellt.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft, die für die personenbezogenen Angelegenheiten zuständig ist, wird sich vor allem mit den Konsequenzen und Auswirkungen dieser gesellschaftlichen Veränderung beschäftigen müssen.

Im Laufe meines Redebeitrags möchte ich Ihnen anhand einiger Beispiele verdeutlichen, dass diese gesellschaftliche Veränderung vor allem eine Chance für die Deutschsprachige Gemeinschaft darstellt. Dabei kann man die Gemeinschaft nicht isoliert betrachten, sondern sollte versuchen, sich ein Gesamtbild von den Ursachen und Hintergründen zu machen. Obwohl der alte Menschheits Traum, ein immer höheres Alter zu erreichen, greifbar scheint, begleiten immer wieder Ängste dieses Thema. Es stellt sich die Frage, woher diese Ängste kommen und wie man sie entkräften kann.

Ich möchte an dieser Stelle einen kurzen geschichtlichen Rückblick halten: Es ist sehr interessant, wie man in den letzten 100 Jahren mit dem Thema des demografischen Wandels umgegangen ist. Man kann sagen, dass der demografische Wandel seit Jahrzehnten zu den bedeutenden gesellschaftspolitischen Themen gehört. Oft ist dieses Thema mit einer gewissen Dramatik und Verunsicherung verbunden, denn man spürt, dass das bestehende System der sozialen Sicherheit diesen Herausforderungen nicht gewachsen ist.

Bereits vor mehr als 100 Jahren, im Jahr 1911, erschien in Deutschland ein Aufsatz mit der Überschrift: „Der Geburtenrückgang – Etwas über seine Ursachen und die gesetzgeberischen Maßnahmen zu seiner Bekämpfung“. Diese sehr interessante Arbeit des Gynäkologen Max Hirsch wies damals bereits auf die gesellschaftlichen Herausforderungen dieser Veränderung hin.

Damals beschäftigten sich nicht nur Mediziner, sondern auch Volkswirtschaftler mit dieser Thematik. Der Volkswirtschaftler und Staatswissenschaftler Karl Oldenberg veröffentlichte ebenfalls 1911 einen Aufsatz zum Thema „Über den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer“ und bezeichnete darin den von ihm ausgemachten Umschwung in den natürlichen Bevölkerungsvorgängen als das weltgeschichtlich bedeutsamste Ereignis der letzten Jahrzehnte. Pionierarbeit leistete bereits 1909 der bekannte Sozialreformer und Nationalökonom Lujo Brentano, der Oldenberg zufolge das Thema des Geburtenrückgangs zum ersten Mal in seiner ganzen Breite aufgerollt hatte. Dabei wurde die Debatte am Anfang des 20. Jahrhunderts von anderen Interessen und Sorgen angeregt und bestimmt als heute.

Interessant ist jedoch, dass Wissenschaftler bereits damals die Gefahren und Herausforderungen für die sich noch im Aufbau befindende soziale Sicherheit erkannten. 1957, etwas mehr als fünfzig Jahre später, reagierte ein deutscher Bundeskanzler auf die Bedenken einiger Wirtschaftsexperten zur damaligen deutschen Rentenpolitik mit dem berühmten Satz: „Kinder kriegen die Leute immer.“

Wirtschaftsexperten sprachen in Bezug auf die Nachhaltigkeit des damals eingeführten umlagefinanzierten Rentensystems, des sogenannten Generationenvertrags, Warnungen aus. Beim Generationenvertrag handelt es sich um ein System, das die aktuellen Einnahmen der Rentenversicherungsträger dazu verwendet, die laufenden Rentenzahlungen zu finanzieren. Es findet in fast allen europäischen Ländern Anwendung. Die Beiträge der heutigen Beitragszahler werden also nicht angespart, sondern sofort für die Finanzierung der laufenden Renten verwendet. Dies funktioniert jedoch nur so lange gut, wie auch genügend Einzahler nachkommen.

Schon damals hatte man Bedenken, doch Adenauer wischte alle Kritiken mit einem seiner berühmten Aussprüche vom Tisch. Heutzutage dürfte eine derartige Äußerung nur noch für ein ungläubiges Kopfschütteln sorgen, denn wie so oft war es eine kurzfristig gedachte Aussage.

Bereits zehn Jahre später, Ende der 1960er-Jahre, veränderten sich die Gesellschaft und die Struktur der Familien grundlegend. In den letzten Jahrzehnten sind die Geburtenzahlen konstant rückläufig. 1950 hat noch jede Frau in Belgien durchschnittlich 2,3 Kinder zur Welt gebracht. 2030 werden es nur noch 1,7 Kinder sein.

Angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Alterungsdynamik und des hohen staatlichen Schuldenstands stellt der demografische Wandel die öffentlichen Finanzen in der Tat vor enorme Herausforderungen. Das bestehende System scheint mehr und mehr an seine Grenzen zu stoßen. Doch es sind nicht nur die Finanzen, die Sorgen bereiten; auch der Bedarf an Pflegekräften wird enorm ansteigen.

Meine Vorredner haben bereits mehrfach Zahlen, Statistiken und Fakten genannt, sodass ich diese nicht zu wiederholen brauche. Ich möchte nur so viel sagen: Wenn man sich die Statistiken genauer anschaut, kann man sich im Grunde genommen freuen, denn wir können davon ausgehen, dass unsere Generation älter wird als alle bisherigen Generationen. Nie wurden Menschen in Europa, in Belgien und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft so alt wie heute. Eigentlich könnten wir alle in die Luft springen und uns auf einen langen Lebensabend freuen.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird der Anteil der über 85-Jährigen zwischen 2000 und 2060 um das Fünffache ansteigen. Zu den eben von Kollege Meyer sehr ausführlich präsentierten Fakten kommt hinzu, dass die Zahl der Erwerbstätigen ab 2025 auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft deutlich schrumpfen wird. Zudem stellt auch die Jugendarbeitslosigkeit eine Unbekannte dar, da sie die Gefahr einer Abwanderung junger Menschen beinhaltet.

Eine weitere Unbekannte ist der stetig steigende Anteil von Patienten mit Demenz im Alter. In Europa ist Alzheimer dabei, zumindest für die über 75-Jährigen zu einer Volkskrankheit zu werden. Zahlreiche Wissenschaftler sind sich darüber einig, dass damit eine Lawine auf uns zukommt. Laut Untersuchungen der Weltgesundheitsbehörde verdoppelt sich alle 20 Jahre die Anzahl der betroffenen Patienten, was einen enormen Anstieg der Pflegekosten zur Folge hat. So leiden in Deutschland zurzeit etwa 1,2 Millionen Menschen mit steigender Tendenz an Demenz, und das Risiko steigt mit dem Alter. So leidet im Alter zwischen 65 und 69 Jahren jeder Zwanzigste an einer Demenz, aber zwischen 80 und 90 Jahren ist schon fast jeder Dritte davon betroffen.

Da in unserer Gesellschaft der Anteil älterer Mitbürger zunehmen wird, erwartet man ebenfalls einen starken Anstieg der Demenzkranken. Die Ursachen dieser Erkrankung sind noch nicht geklärt. Auffallend ist jedoch der starke Anstieg in den letzten Jahrzehnten.

Meine Damen und Herren, hinter diesen Zahlen und Statistiken stehen Menschen. Im föderalen Belgien trägt die Deutschsprachige Gemeinschaft die Verantwortung für die personenbezogenen Angelegenheiten. Im Rahmen der Staatsreform wird in diesem Bereich noch einiges auf uns zukommen.

Dem Bericht des Ausschusses können interessante Ansätze dafür entnommen werden, in welchen Bereichen die Deutschsprachige Gemeinschaft Akzente setzen kann, so zum Beispiel im Bereich der Alten- und Pflegeheime, der alternativen Wohnformen oder auch beim Pflegepersonal. In einigen Bereichen teilt die VIVANT-Fraktion die Meinung der anderen Fraktionen. Der Bericht zeigt interessante Herangehensweisen, wie man sich den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen kann. Für manche haben wir

konkrete Ansätze, wie man die Problematik von vorneherein entkräften könnte. Nehmen wir als Beispiel den Punkt 4, die Herausforderungen im Bereich der Pflege durch Angehörige, der ebenfalls von mehreren Vorrednern angesprochen wurde. Die Förderung der Pflege durch Angehörige ist ein wichtiges Thema. Hier müssen Anreize und Möglichkeiten für die Angehörigen in Form von materiellen Entschädigungen sowie Hilfs- und Unterstützungsangeboten geschaffen werden. Im Bericht wurde dieser Punkt speziell hervorgehoben und es wurden dazu Herrn Meyer viele Möglichkeiten aufgezählt, zum Beispiel Zeitkredite und Laufbahnunterbrechungen. Jedoch würden diese Maßnahmen zusätzliche bürokratische Hürden und Kosten mit sich bringen.

In unseren Augen wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen ein passender Ansatz. Seit mehr als 15 Jahren thematisiert VIVANT dies in der Öffentlichkeit. Kürzlich hat eine europäische Bürgerinitiative für Aufmerksamkeit gesorgt, die europaweit ein bedingungsloses Grundeinkommen fordert. Bei der EU-Kommission wurde ein Antrag eingereicht, der am 14. Januar dieses Jahres angenommen wurde. Dieser Antrag sieht die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Erforschung des bedingungslosen Grundeinkommens als Instrument zur Verbesserung ihres jeweiligen Systems der sozialen Sicherheit vor.

In fast allen europäischen Ländern gibt es heute Organisationen, politische Gruppen und Parteien, die diese Idee als Alternative sehen. In unserer Gesellschaft sollte niemand Existenzängste haben. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde jedem Einzelnen ohne bürokratische Hürden eine gewisse Form von Sicherheit geben. Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens nimmt europaweit mehr und mehr Gestalt an und wir können auf die weitere Entwicklung in dieser Angelegenheit gespannt sein.

Auch die Finanzierung des Grundeinkommens ist keine Utopie mehr. Durch eine Umkehr des Finanzsystems und eine Rückkehr der Geldhoheit an die Nationalstaaten wäre eine Finanzierung möglich. Es wäre vielleicht ein schwieriger Weg, doch die derzeitigen Turbulenzen rund um den Euro bestätigen, dass es mit dem Euro nicht weitergehen wird wie bisher. Wir stehen also vor einer großen Chance für eine grundlegende Veränderung.

Meine Damen und Herren, das Grundeinkommen wäre ein Alternativansatz, eine Überlegung, die man vertiefen sollte. Da die Deutschsprachige Gemeinschaft als Gemeinschaft für die personenbezogenen Angelegenheiten Verantwortung trägt und sich vor allem mit den Konsequenzen und den Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels beschäftigen muss, sollten wir diese Ansätze und Überlegungen nicht kleinreden oder uns nur auf unsere direkten Befugnisse konzentrieren, sondern wir sollten helfen, dass diese alternativen Überlegungen im Vergleich zu den Vorschlägen der konventionellen Politik, die nicht unbedingt Hoffnung auf Verbesserung geben, mehr und mehr Gehör finden.

Vor zwei Jahren veröffentlichte der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Expertise zu den Herausforderungen des demografischen Wandels. Das Fazit überrascht eigentlich nicht und ist sehr nüchtern: Die derzeit fehlende langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte erfordert entschlossenes Handeln. Man empfiehlt u. a. einen allmählichen Anstieg des Renteneinstiegsalters und eine drastische Reduzierung der Staatsverschuldung.

Auch die Lösungsansätze auf EU-Ebene geben eine ähnliche Richtung vor. Vor einem Jahr hat die Europäische Kommission ihr neues Weißbuch zum Thema Rente vorgestellt. Unter dem Titel „Eine Agenda für adäquate, sichere und nachhaltige Renten“ unterbreitet die Kommission darin Reformvorschläge für die EU-Mitgliedstaaten. Zwischen den Zeilen kann man erkennen, wessen Handschrift diese Empfehlungen tragen. Der Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge wird den Mitgliedsländern genauso nahegelegt wie die allmähliche Erhöhung des Renteneinstiegsalters.

Wenn man bedenkt, dass einige europäische Länder eine Jugendarbeitslosigkeit von fast 50 % haben, fragt man sich schon, wie dies im Einklang mit einer Erhöhung des Renteneinstiegsalters steht. Vor allem die im Bericht aufgegriffene Argumentation für eine Erhöhung steht auf sehr wackligen Füßen. Auch hier gilt: Da sich die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die personenbezogenen Angelegenheiten vor allem mit den Konsequenzen und den Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels beschäftigen muss, sollten wir alternativen Ansätzen mehr Raum geben, denn aus den Empfehlungen der konventionellen Politik spürt man eine gewisse Hilflosigkeit heraus. Länger arbeiten, obwohl sich die Arbeitslosigkeit europaweit auf Rekordniveau befindet? Zusätzlich eine private Altersvorsorge aufbauen, obwohl die Finanzkrise gezeigt hat und noch zeigt, welche Gefahren von den Anlagemärkten ausgehen? Obwohl die dramatische Aussage der Zahlen deutlich ist, scheint die konventionelle Politik zu resignieren.

Kollegen und Kolleginnen, die eben von mir bzw. von den Kollegen genannten Zahlen mögen uns erschüttern. Diese Erschütterung sollte uns wachrütteln und nachdenklich stimmen. Vor allem sollte sie uns klarmachen, dass es Zeit ist, sich auf den Weg zu machen und umzudenken. Es ist leicht zu erkennen, dass wir es mit einer gewaltigen Herausforderung zu tun haben, die viele Teile der Gesellschaft betreffen und mit den konventionellen Mitteln der Politik nicht zu lösen sein wird.

Ich möchte noch einen weiteren entscheidenden Punkt hervorheben. Dabei handelt es sich um ein Grundproblem unserer Gesellschaft, vielleicht um ein Paradigma. In unserer heutigen Leistungsgesellschaft ist das Bild vom Altwerden allgemein leider negativ behaftet. Sofort hat man Bilder von an Alzheimer erkrankten Rentnern und von Pflegefällen vor Augen. Ängste um eine fehlende oder nicht ausreichende Altersrente sorgen die Menschen. Die Altersarmut steigt auch in Belgien und der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Ein Schlüssel wäre folglich, gesund zu bleiben, und dies am besten mit einem gewissen Wohlstand. Dazu passt auch ein Zitat von Peter Bamm: „Im Grunde haben die Menschen nur zwei Wünsche: Alt zu werden und dabei jung zu bleiben.“ Ist dies ein Menschheitstraum, eine Utopie? Vielleicht gibt es ja Regionen, wo das erreicht wird. Erlauben Sie mir, dass ich kurz der winterlichen Stimmung in Ostbelgien entfliehe und einen Ausflug an einen wärmeren Ort mache: Es war einmal eine traumhafte Insel im Pazifischen Ozean. In kleinen Holzhäusern, deren Dächer aus üppig grünen Hügeln herausragten, lebten heitere, zufriedene Menschen. Morgens begannen sie ihren Tag mit etwas Morgengymnastik am Strand, abends genossen sie die Strahlen der untergehenden Sonne, während sie gemütlich auf Bambussesseln inmitten ihrer Gärten saßen. Krankheiten waren auf dieser Insel so gut wie unbekannt. Mit 70 Jahren fühlten sich die Bewohner noch wie Kinder und mit 80 Jahren wie Jugendliche. Selbst mit 100 Jahren fanden sie noch Zeit, um gemeinsam zu tanzen, zu singen und zu lachen. Zu schön, um wahr zu sein?

(Zwischenrufe)

Was wie ein Märchen klingen mag, ist die Beschreibung eines Phänomens, über das sich Wissenschaftler bereits seit einigen Jahrzehnten den Kopf zerbrechen – das Geheimnis der Insel Okinawa in Japan. Auf dem Inselarchipel Okinawa liegt die durchschnittliche Lebenserwartung deutlich höher als überall sonst auf der Welt. Nirgendwo sonst gibt es so viele Hundertjährige. Und was vielleicht noch wichtiger ist: Nirgendwo sonst bleiben die Menschen bis an ihr Lebensende so beweglich, vital und voller Lebensfreude. Was sagt die Wissenschaft? Eine 25 Jahre andauernde Studie, die von der Universität von Okinawa unter der Leitung von Professor Suzuki durchgeführt wurde, beweist eindeutig den hervorragenden Gesundheitszustand der Hundertjährigen.

Das müssen Sie sich einmal anschauen, Herr Gesundheitsminister! Ein schönes Projekt ...

HERR PAASCH, Minister *(aus dem Saal)*: Das ist eine Auslandsreise!

HERR DANNEMARK *(aus dem Saal)*: Eine teure Auslandsreise!
(Allgemeines Gelächter)

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Dazu braucht man nicht extra hinzufahren!
(*Vereinzelt Gelächter*)

HERR DANNEMARK (*aus dem Saal*): Dahin fliegt man!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Das ist ein wirklich interessantes Projekt!
(*Vereinzelt Gelächter und Unruhe im Saal*)

Viele der Senioren halten sich mit regelmäßiger Bewegung sowohl körperlich als auch geistig fit. Okinawaner sind begeisterte Hobbygärtner, gehen gerne zu Fuß und pflegen von Kindesbeinen an verschiedene Tänze. Zudem ernähren sie sich vorbildlich. Ihr Essen ist fett- und salzarm und außerdem reich an Früchten und Gemüse, deren hoher Gehalt an Ballaststoffen und antioxidativen Substanzen vor Krebs, Herzkrankheiten und Schlaganfall schützt. Das ist also keine Utopie, sondern in Okinawa Tatsache.

Der demografische Wandel stellt in Okinawa keine Belastung dar, auch nicht für die soziale Sicherheit, denn die Pflege- und Krankheitskosten sind im Verhältnis zu anderen Industrieländern äußerst gering. Auch diesbezügliche Ängste gibt es kaum. In Okinawa ist es selbstverständlich, dass alte Menschen einer kleinen Arbeit nachgehen und sich und anderen helfen. Der demografische Wandel muss also keine Gefahren beinhalten.

Meine Damen und Herren, oft wird in diesem Hause von einer Modellregion gesprochen. Im vergangenen Jahr habe ich im Rahmen einer Interpellation zur Schulernährung auf Möglichkeiten hingewiesen, wie die Deutschsprachige Gemeinschaft zu einer Genuss- und Modellregion werden könnte. Heute möchte ich, u. a. ausgehend von dem eben erwähnten Beispiel, eine Parallele zu den Herausforderungen des demografischen Wandels ziehen, wobei eine Prämisse gilt: Jahrzehntelange Fehlernährung und schlechte Lebensgewohnheiten liegen nicht im direkten Verantwortungsbereich der Politik bzw. der Verantwortlichen in den Regierungen. Hier gilt: Jeder ist in erster Linie selbst für seine Gesundheit verantwortlich, und diese Verantwortung sollte ihm niemand abnehmen. „Du bist nicht nur was du bist, sondern du bist auch was du isst.“ Diesen Spruch kennen Sie, und am Beispiel von Okinawa erkennen wir, welche Bedeutung er für die Volksgesundheit und die Kosten der sozialen Sicherheit hat.

Die Kultur, die Ernährung und die Lebensweise der Menschen in Okinawa kann man sicherlich nicht einfach importieren; in erster Linie sind es die Bürger selbst, die hier die Verantwortung tragen. Jedoch kann die Deutschsprachige Gemeinschaft Akzente setzen, Fehlentwicklungen abdämpfen und Empfehlungen aussprechen. Insbesondere im Unterricht bieten sich verschiedene Möglichkeiten an.

An dieser Stelle möchte ich die Prävention im Gesundheitsbereich ansprechen. „Vorsorge kommt vor der Sorge.“ Gesundheitsvorsorge ist ein großes Thema und besteht nicht nur darin, dass man dafür sorgt, dass genügend Hausärzte oder Krankenhausbetten vorhanden sind. Wobei dies ebenfalls von enormer Wichtigkeit ist und ich den diesbezüglichen Einsatz nicht kleinreden möchte. Meine Damen und Herren, Gesundheitsvorsorge beginnt bereits im Kindergarten. Vor einem Jahr hatte ich aufgrund einer Äußerung des Unterrichtsministers diesbezüglich nachgefragt und eine ausführliche Antwort erhalten. Es handelt sich um die schriftliche Frage Nr. 89 vom 23. Mai 2012 an Herrn Minister Paasch über gesunde Schulernährung. Aus der Antwort geht hervor, dass die Aufklärung über gesunde Ernährung Bestandteil des Unterrichts ist und bereits im Kindergarten beginnt. Jedoch stellen ernährungsbedingte Krankheiten trotz Aufklärung heute auch bei Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein ernst zu nehmendes Problem dar, das enorme Folgen im Alter haben wird. Vielleicht sollte die Aufklärung vertieft werden oder anders angegangen werden, denn was die Alterung und die krankheitsbedingten Nebenerscheinungen angeht, spielt das Thema Ernährung eine wichtige und ernst zu nehmende Rolle.

Ein weiteres ernst zu nehmendes Problem, das auch Frau Franzen eben kurz angesprochen hat, stellen die Depressionen im Alter und der Missbrauch von Psychopharmaka in

Alten- und Pflegeheimen dar. Hervorgerufen durch Zeitmangel und ungenügendes Pflegepersonal werden europaweit zu oft, zu viel und zu schnell Psychopharmaka an alte Menschen verabreicht. Dem Rundfunkjournalisten Bernd Kempker gelang es kürzlich in einer Reportage des Deutschlandfunks, Pfleger, Ärzte und betroffene alte Menschen zum lauten Nachdenken über die gesundheitsschädigenden Praktiken zu bewegen. In seiner Reportage zeichnete er ein beeindruckendes Bild von einem gewöhnlichen Tagesablauf in deutschen Altenheimen.

Die dokumentierten Originalaussagen von Pflegepersonal und von mit Psychopharmaka behandelten alten Menschen regen an, sich kritische Gedanken über die krankmachende chemische Ruhigstellung der Pflegebedürftigen zu machen. Ob dies in Belgien oder in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein ähnliches Problem darstellt, ist uns nicht bekannt, obwohl die Statistiken zu den Verschreibungen von Psychopharmaka in Belgien einen ähnlichen Trend aufzeigen. Zwischen Mai 2008 und Mai 2009 wurde die vierte nationale Gesundheitsumfrage per Interview vom Wissenschaftlichen Institut für Volksgesundheit in Belgien durchgeführt. Die Auswertung der Befragung der Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergab, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in einigen Bereichen deutlich von den landesweit ermittelten Durchschnittswerten abwich. Laut Erhebung sind Alkohol- und Tabakkonsum in der Deutschsprachigen Gemeinschaft besonders hoch. Auch der Gebrauch von Psychopharmaka ist bei uns so stark ausgeprägt wie sonst nirgendwo in Belgien. Sicherlich ist auch hier der Bürger zuerst selbst verantwortlich. Jedoch ist das Ergebnis dieser Befragung auch eine Aufforderung an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der Prävention aktiver zu werden, denn Vorsorge kommt bekanntlich vor der Sorge.

Meine Damen und Herren, in Bezug auf die Herausforderungen des demografischen Wandels hat die VIVANT-Fraktion in den Haushaltsdebatten der letzten Jahre bereits mehrfach auf alternative Pflegesysteme hingewiesen. Es hat uns sehr gefreut, dass einer unserer Impulse in diesen Bericht zur demografischen Entwicklung aufgenommen wurde, und zwar das Beispiel der Seniorengenossenschaften. Seniorengenossenschaften gibt es in Baden-Württemberg seit mehr als 20 Jahren. Auch in Bayern, Österreich, den USA und Japan gibt es ähnliche Projekte. Die Idee ist einfach: Ältere Menschen, die dazu in der Lage sind, helfen noch älteren Menschen, die im Alltag auf Hilfe angewiesen sind. Sie putzen, sie gehen einkaufen, sie waschen die Wäsche und sie liefern warme Mahlzeiten. Das Besondere daran ist, dass sie das nicht nur aus Solidarität tun, sondern mit jeder Stunde Arbeit für ihre eigene Zukunft vorsorgen, denn die Arbeitsstunden können sie auf einem Zeitkonto ansparen und sie einlösen, sobald sie selbst Hilfe benötigen. Zeit ist eine Währung, der die Inflation nichts anhaben kann. Eine Stunde ist eine Stunde und wird eine Stunde bleiben. Bei diesem System handelt es sich also um eine Altersvorsorge ohne Inflationsangst.

Meine Damen und Herren, ich würde diese Gedanken gerne vertiefen, insbesondere was das Ehrenamt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeht. Zahlreiche Menschen leisten täglich in den verschiedensten Einrichtungen wertvolle Dienste an die Allgemeinheit. Es stellt sich die Frage, ob man auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein all-gemeingültiges Zeitwährungssystem aufbauen könnte. Wir sollten gemeinsam über diese Idee nachdenken und dadurch dem Ehrenamt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft neue Möglichkeiten eröffnen. Auch in diesem Bereich besteht für uns die Möglichkeit, eine Modellregion zu werden. Es würde mich freuen, wenn auch andere diese Idee aufgreifen würden. Im Bericht des Ausschusses werden dazu Informationen gegeben. Weitere Infos und Auskünfte erteilt die VIVANT-Fraktion natürlich gerne.

Meine Damen und Herren, wir sind gespannt auf das seniorenpolitische Gesamtkonzept der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dazu möchten wir weiterhin Impulse, Ideen und sogar Visionen beisteuern. Meine Damen und Herren, Politik braucht Visionen. Der demografische Wandel bietet die Chance für eine gerechtere Sozialpolitik. Eines ist sicher: Alleine mit neuem Pflegepersonal, mit neuen Altenheimplätzen oder mit neuen

Formen des altersgerechten Wohnens ist diese Problematik nicht zu lösen. Alternativen und tief greifende Reformen sind gefragt, die sicherlich nicht nur auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzusiedeln sind. Trotzdem sollten wir uns damit auseinandersetzen und die Impulse und Ideen vielleicht an die regionale, an die föderale oder an die europäische Ebene weitergeben.

Meine Damen und Herren, Gesellschaften verändern sich und nur eine Sache ist konstant: die Veränderung. Nehmen wir die Veränderung durch den demografischen Wandel nicht nur als Herausforderung oder als Chance, sondern auch als Verpflichtung gegenüber der heutigen und der kommenden Generationen an. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei VIVANT, der CSP und ECOLO)

HERR MIESEN, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Frau Klinkenberg das Wort.

FRAU KLINKENBERG *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einer Welt, in der der Durchschnitt gern zum Maßstab wird, der uns nüchtern und unfreiwillig in soziale Schichten und gesellschaftliche Gruppen drängt. Entweder leben wir oberhalb oder unterhalb der Armutsgrenze. Wir bekommen durchschnittlich 1,7 Kinder. Wir werden zwischen 80 und 85 Jahre alt. Tatsache ist: Wir werden älter und wir werden weniger! Wir durchleben einen Wandel, einen Wandel der demografischen Entwicklung, der dem Bürger medial häufig als gesellschaftliches Schreckensszenario verkauft wird. Selten wird erwähnt, dass er durchaus Chancen zur Verbesserung der Lebensbedingungen bietet.

Als Kind sah ich mich im Alter im Garten alleine im Schaukelstuhl sitzen. Im Laufe der Zeit wandelte sich mein Altersbild. Heute spricht man sogar von sogenannten jungen Alten, die in ihrer neu gewonnenen Freizeit aktiv und mit viel Freude neuen Hobbys nachgehen oder sich ehrenamtlich engagieren. Tatsächlich ist es so, dass die moderne Alterswissenschaft die Gruppe der Menschen zwischen 60 und 80 Jahren in junge Alte und die über 80-Jährigen in alte Alte, also Hochaltrige, unterteilt.

Hochaltrig? Wer von uns wird die 100 schaffen? Mit sportlichem Ehrgeiz hat das wenig zu tun. In einer Studie schätzt der Wirtschaftswissenschaftler Professor Eckart Bornsdorf von der Universität Köln, dass bis zum Jahr 2111 – also in circa 100 Jahren – in Deutschland mit insgesamt 8 Millionen Hundertjährigen zu rechnen ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, können Sie sich vorstellen, 100 Kerzen auszublasen? Da gerät man sicherlich ziemlich aus der Puste.

(Vereinzelt Gelächter)

Was ist denn nun das Problem? Werden wir zu viele sein oder zu wenige? Die Medien sprechen von einem Kampf der Generationen um leere Rentenkassen und Parkbänke – leere Wiegen, volle Pflegeheime. Ich bin aber ein Optimist: Eine alternde Gesellschaft bedeutet Fortschritt, nicht Rückschritt. In meinen Augen ist die demografische Entwicklung ein Geschenk. Schon die griechische Mythologie oder die jahrhundertealten Legenden um den Jungbrunnen sprechen vom Menschheitstraum eines langen Lebens. So sind in den vergangenen 100 Jahren durch bessere Bildung, Hygiene, Ernährung und Medizin unvorstellbare Fortschritte gelungen.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Menschen vor allem aus einem Grund viele Kinder: Kinder waren über Jahrtausende hinweg die einzige Absicherung bei Krankheit, Gebrechlichkeit und Alter, und das bei hoher Kindersterblichkeit. Die Alten waren schlicht abhängig von der Bereitschaft ihrer eigenen Kinder, sie zu versorgen. Folgerichtig gingen mit der Einführung der Renten- und Krankenversicherung die Geburtenzahlen zurück. Mit dem ständigen Ausbau dieser sozialen Sicherungssysteme war das Kinderkriegen erstmals in der Menschheitsgeschichte keine Frage der individuellen Existenzsicherung mehr.

Es folgte die Erfindung der Pille, die plötzlich eine tatsächliche Familienplanung erlaubte. Heute bekommen die Menschen Kinder, weil sie wollen und können, und nicht mehr, weil sie müssen – ein Gewinn an individueller Freiheit und Sicherheit. Eine steigende Lebenserwartung und sinkende Kinderzahlen stellen uns jedoch gesellschaftlich, wirtschaftlich und sozial vor große Herausforderungen. Trotzdem scheint der demografische Wandel weit weg, abstrakt und langsam voranzuschreiten. Doch die durchschnittliche Lebenserwartung steigt täglich um vier Stunden. Eine enorme Entwicklung und eine schleichende noch dazu. Genau deswegen ist jetzt unsere Bereitschaft zum Handeln gefragt.

Niemand redet gerne über das Altern, das Kranksein und das Hilfloswerden und niemand stellt sich gerne konkret die Frage, was passiert, wenn die eigenen Eltern nicht mehr alleine leben können.

In den kommenden Jahren werden so viele Menschen in Rente gehen wie niemals zuvor, denn die Babyboomer, die Generation der geburtenstarken Jahrgänge seit Mitte der 1950er-Jahre, kommen langsam ins Rentenalter. Das Gleiche gilt für den Bildungsbe- reich: Eine Konsequenz des demografischen Wandels wird ein großer Lehrermangel sein. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben sich die Geburten auf niedrigem Niveau stabilisiert. Im Kindergarten steigen die Zahlen wieder, aber die Anzahl Lehrer, die in den nächsten zehn Jahren pensioniert werden, ist enorm. Die Maßnahmen zur Aufwertung des Lehrerberufs sind also kein Selbstzweck, denn eine Gesellschaft, in der im Jahr 2050 fast jeder Dritte älter als 65 Jahre sein wird, muss sich neu aufstellen. Genau diese Men- schen gehören zu meiner Generation. Sie sind heute circa 25 bis 30 Jahre alt. Wir befin- den uns also schon lange mitten im demografischen Wandel und jeder erkennt die Not- wendigkeit der Vorsorge. Das kann man an den Stellungnahmen der verschiedenen Frak- tionen im Ausschussbericht erkennen. Genau diese Bereitschaft zur Veränderung ist nun gefragt.

Waren wir in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bisher auf Bevölkerungswachstum eingestellt, so müssen wir nun umdenken. Doch Schrumpfen kann man lernen. Wir müssen das Altern neu erfinden. Kein Lebensbereich ist ausgenommen. Der Single-Rentner-Haushalt ist die Zielgruppe der Zukunft. Das wissen nicht nur die Auto- hersteller und Universitäten. Als Deutschsprachige Gemeinschaft stehen wir vor spezifi- schen Herausforderungen, die es erfordern, genau auf die Entwicklungen zu achten, rechtzeitig zu planen und einen Prozess in Gang zu setzen, der zur Mitgestaltung aufruft. Der demografische Wandel ist kein Phänomen, das isoliert betrachtet und behandelt wer- den kann, sondern erfordert ein ressortübergreifendes, abgestimmtes Handeln, das auch die Akteure vor Ort einbezieht.

Genau das geschieht bei der Erarbeitung des breit angelegten seniorenpolitischen Ge- samtkonzepts, das im Oktober fertiggestellt werden soll. Noch am letzten Donnerstag hat der zweite Workshop eine Reihe Mitarbeiter aus Diensten und Organisationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger im Kultur- und Konferenzzentrum in St. Vith empfangen. Dort wurde unter Federführung der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung aus München an Ideen und konkre- ten Empfehlungen gearbeitet, um die Lebenssituation älterer Menschen in der Deutsch- sprachigen Gemeinschaft zu verbessern. Dass auch Ausschuss IV in den Prozess einbe- zogen wird, freut mich natürlich. In jedem Fall wird es darauf ankommen, bei der Diskus- sion und bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen eine breite öffentliche Auf- merksamkeit zu erreichen.

Ich altere erfolgreich, wenn ich meine Grundbedürfnisse weiterhin weitgehend erfüllen kann. Es gibt drei psychologische Grundbedürfnisse des Menschen, die sich durch alle Lebensphasen ziehen und sogar als Entwicklungsaufgaben bezeichnet werden: die Selbstverwirklichung, die Selbstbestimmung und die soziale Einbindung. Bei der Gestal- tung der künftigen Seniorenpolitik sind diese drei Bedürfnisse zu berücksichtigen, denn auch im Alter möchte ich mich selbst verwirklichen, sei es über Bildung, kulturelle

Angebote oder ehrenamtliche Tätigkeiten. Insofern es möglich ist, möchte ich meinen Lebensalltag so autonom wie eben möglich gestalten können. Dabei möchte ich nicht vereinsamen, sondern einen regen Kontakt zu allen Generationen pflegen.

Wem keine Familie zur Seite stehen kann, der braucht verlässliche Strukturen im Freundeskreis und in der Nachbarschaft. Wie können wir diese organisieren? Diese Debatte gehört auf den Tisch und nicht unter den Teppich. Das bedeutet auch, Anlaufstellen auszubauen, bei denen sich interessierte Senioren informieren können.

Die VoG Eudomos – Ihr häuslicher Begleitdienst leistet schon heute eine wertvolle Arbeit als Anlaufstelle bei der Vermittlung von häuslicher Hilfe und von Alten- und Pflegeheimplätzen, denn manchmal ist ein Verbleib in den eigenen vier Wänden nur sehr schwer möglich. Daher brauchen wir altersgerechten Wohnraum und neben den Pflegeheimen neue, ergänzende Wohnformen, beispielsweise Mehrgenerationenhäuser. Sollte ich irgendwann einmal in mein letztes Zuhause ziehen, will ich jedenfalls nicht ausziehen müssen, weil ich bestimmte Barrieren nicht mehr überwinden kann. Ich weiß, dass mir Bildung und Einkommen Privilegien verschaffen. Erfolgreich und selbstbestimmt Altern darf jedoch nicht vom Portemonnaie abhängen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, manchmal versuche ich mir vorzustellen, wie mein Leben als Demenzkranke aussähe. Ab dem 60. Lebensjahr taucht sie in den Krankheitsstatistiken zunehmend auf. Im Alter erkranken Menschen häufiger. Ab fünf Erkrankungen spricht die Wissenschaft von der Multimorbidität. Die Kapazitätsreserven des Körpers schwinden. Wenn die Pflegebedürftigkeit kommt – und sie wird für viele von uns kommen, wenn der Anteil der über 85-Jährigen weiter steigt –, werden noch mehr Pflegekräfte gebraucht, an denen es jedoch heute bereits mangelt.

Gesundheit sichern – Aufwertung der Pflegeberufe nennt sich daher ein Teilprojekt des Regionalen Entwicklungskonzepts, das interessante Impulse liefern soll. Die Pflegeberufe müssen attraktiver werden, um dem Bedarf gerecht zu werden. Daher ist der Infomarkt zu den Pflegeberufen, der letzte Woche stattgefunden hat, ebenso zu begrüßen wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen des Interreg-Projekts *Future proof for cure and care*, an dem 27 Einrichtungen aus den drei Ländern der Euregio Maas-Rhein beteiligt sind.

Vernetzung ist im Zeitalter der Informationsgesellschaft nicht mehr wegzudenken, doch immer noch gibt es ältere Menschen, die Hemmungen oder Probleme haben, mit der digitalen Vernetzung und der modernen Technik umzugehen. Nicht alle surfen durchs Internet, schauen bei eBay nach Schnäppchen oder kaufen ihren neuesten Fernseher unter www.amazon.de. Ein Ziel des auf die Informationskompetenz des Einzelnen setzenden lebenslangen Lernens muss daher sein, das Unbehagen vor dem Umgang mit der neuen Technik zu beseitigen. Dann erschließen sich in Zeiten von Twitter & Co ganz neue Möglichkeiten und Geschäftsfelder. Ein Wissenstransfer muss über die Generationen hinweg sichergestellt sein. Möglichst viel von älteren Generationen zu lernen, statt immer alles zu verjüngen – das ist die Herausforderung!

Wir müssen die Deutschsprachige Gemeinschaft als attraktiven Wirtschaftsstandort stärken und alles dafür tun, um gut ausgebildete und qualifizierte Menschen beruflich zu halten. Viel wichtiger als der verengte Blick auf den Altenquotienten sind nämlich andere Faktoren, um dem demografischen Wandel erfolgreich zu begegnen: Wie gut sind die Menschen ausgebildet? Wie gesund sind sie? Wie viele Menschen haben Arbeit? Wie gut sind die Löhne und Gehälter? Wie produktiv ist die Wirtschaft? Ein steigender Altenquotient belastet zwar die Rentenkassen, aber wenn zeitgleich die Arbeitslosigkeit sinkt, mehr Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen können, weil die Kinder gut betreut werden, und Geringqualifizierte besser ausgebildet werden, dann kann die Alterung kompensiert werden. Wir sollten nicht vergessen: Die Alten werden durch ihre gewonnenen Jahre länger aktiv an der Wertschöpfung partizipieren können.

Für das alles bedarf es allerdings geeigneter Rahmenbedingungen, und an diesen gilt es, heute zu arbeiten. In meinen Augen werden wir den demografischen Wandel mit einer positiveren Einstellung zum Alter und zum Leben nach der Arbeit in den Griff bekommen, denn entscheidend ist nicht, ob wir 91, 99 oder 103 Jahre alt werden, sondern die Frage nach dem Wie.

Wir sind dabei, uns der Herausforderung zu stellen und unseren eigenen Demografieprozess zu gestalten. Dazu braucht es Menschen, die aktiv und kreativ am seniorenpolitischen Gesamtkonzept mitarbeiten möchten, denn die Politik kann lediglich sensibilisieren. Sie kann Impulsgeber und Katalysator für Veränderungen sein, aber nicht für alle Probleme eine Lösung finden. Dazu bedarf es vor allem vieler guter, privater Initiativen von Betroffenen. Also: Liebe junge und alte Alte, wir brauchen euch, denn ihr seid viele! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Vereinzelt Gelächter und allgemeiner Applaus)

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen zur Antwort der Regierung. Herr Minister Mollers hat das Wort.

HERR MOLLERS, Minister *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Präsident war sehr großzügig mit mir, denn er hat für mich eine Redezeit von 20 Minuten vorgesehen. Vorher hatte man mir nur zehn Minuten zugedacht. Wahrscheinlich hat irgendein Schlingel versucht, meine Redezeit einzuschränken. ... *(Vereinzelt Gelächter und Zwischenruf)* ... Ich kann Sie aber beruhigen, denn es ist bereits dermaßen viel Sinnvolles und Gutes gesagt worden, dass ich gar nicht alles aufgreifen werde. Ich werde erst gar nicht den Versuch wagen, auf all die hier genannten Elemente, Vorschläge und Ideen einzugehen, sondern möchte nur kurz einige Gedanken hinzufügen.

In der Tat hat die Medizin in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht und der steigende Wohlstand in den westlichen Industrienationen hat das Seine dazu beigetragen. Kurzum: Die Menschen erfreuen sich einer immer höheren Lebenserwartung und befinden sich eigentlich immer länger in einem sehr guten gesundheitlichen Zustand. Seit Kriegsende hat sich die Lebenserwartung um etwa 20 Jahre erhöht. 1946 wurden die Menschen im Schnitt 65 Jahre alt. Mittlerweile liegen wir durchschnittlich bei einem Alter von Mitte 80. Das ist eine ganz beeindruckende Leistung und Entwicklung, die sich fortsetzt. Es ist eben gesagt worden, dass die Babyboomer auch langsam alt werden. Die Zahl der über 65-Jährigen wird bis 2040 um mehr als 40 % steigen und die Zahl der über 85-Jährigen wird sich bis 2060 vervierfachen. 2010 gab es in der deutschsprachigen Gemeinschaft 1.378 Personen über 85 Jahre und 2060 wird es deren bereits 5.393 geben. Das lässt sich relativ präzise voraussagen, weil diese Menschen bereits alle leben und unter uns weilen. Der einzige Unsicherheitsfaktor ist die Sterberate, die man natürlich abziehen muss, doch gerade in diesem Alterssegment sind die Prognosen bis 2060 relativ präzise.

Was bedeutet das für unsere Gesellschaft? Auch das ist bereits lang und breit erklärt worden. Zunächst einmal wird es eine Zunahme an altersbedingten Krankheiten geben. Es wird in allen Bereichen der Pflege mehr Pflegebedürftige geben: in der häuslichen Hilfe, bei den stationären Angeboten wie Alten-, Wohn- und Pflegeheime, aber auch bei den teilstationären Hilfestellungen wie Tagesbetreuung, Tagespflege und andere Initiativen.

Alle diese Tendenzen bedeuten jedoch auch, dass es eine immer größer werdende Gruppe von immer rüstigeren und aktiveren Rentnern geben wird. Die Zeit nach der Verrentung ab Ende 50, Anfang oder Mitte 60, die uns heutzutage in der Regel bleibt, umfasst einige Jahrzehnte, meistens zwei, manchmal sogar drei Jahrzehnte, und muss natürlich mit Leben gefüllt werden. Zudem ist es heutzutage so, dass man erst am Ende dieser Periode, in den letzten Lebensjahren, tatsächlich von einer Pflegebedürftigkeit sprechen kann. Folglich gibt es hier noch einiges an Potenzial, das zu nutzen ist.

Wenn wir unseren Blick einmal von den älteren Menschen abwenden und ihn auf die jüngeren Menschen, auf die nachfolgenden Generationen richten, stellen wir fest, dass die Geburtenzahlen sehr stark rückläufig sind. Zwischen 1997 und 2007, also in einem Zeitraum von zehn Jahren, sind die Geburten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft um mehr als ein Viertel zurückgegangen. Herr Meyer hat die Zahl eben genannt: 1950 betrug die durchschnittliche Anzahl Kinder pro Frau 2,34, 2030 wird es rein statistisch gesehen nur noch 1,70 sein. Da schließe ich mich Frau Professor Dr. Ursula Lehr an, die 2012 im Rahmen eines Vortrags in Eupen das Fazit gezogen hat, dass wir im Grunde genommen gar nicht zu viele Alte, sondern viel zu wenig Junge haben. Das ist das Problem.

Sie sehen, wie vielschichtig die Gemengelage ist. Eine Schlussfolgerung ist jetzt schon klar: Es wird keine Patentrezepte geben, sondern wir müssen die Herausforderungen auf mehreren Ebenen anpacken. Ich möchte deren nur drei nennen, bin mir aber bewusst, dass das bei Weitem nicht alle Ebenen sind. Zunächst müssen wir dafür sorgen, dass das Kinderkriegen wieder attraktiver wird, als es heutzutage vielleicht ist. Das Gründen einer Familie darf nicht als Karrierehindernis oder als finanzielle Belastung empfunden werden, sondern es muss als Bereicherung für das Leben empfunden werden, einen gewissen Teil seiner Zeit Kindern zu opfern, zur Verfügung zu stellen. ... (*Unruhe im Saal*) ... Ich habe „Kinderkriegen“ gesagt, Herr Velz! Ich habe dieses Lachen sehr wohl vernommen! (*Vereinzelt Gelächter*)

Darüber hinaus muss die Unterstützung der älteren Menschen natürlich weiterhin gewährleistet werden, ganz egal, wie groß die Gruppe der Betroffenen sein wird. Zudem – das habe ich eben bereits kurz angeschnitten – müssen wir das Potenzial der sogenannten neuen oder jungen Alten nutzen lernen. Meines Erachtens liegt hier eine der ganz großen Chancen für die nächsten Jahre.

Ich glaube in den Stellungnahmen aller Fraktionen eine große Einigkeit darüber vernommen zu haben, dass etwas getan werden muss, dass aber auch vieles in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits sehr gut läuft, dass wir auf sehr viele gute Dienste und Einrichtungen zurückgreifen können. Nichtsdestotrotz waren wir gut beraten, 2012 zunächst ein familienpolitisches Gesamtkonzept auf den Weg zu bringen, das einen Teil dieser Aspekte beleuchtet, und uns jetzt sehr intensiv mit dem seniorenpolitischen Gesamtkonzept zu beschäftigen. Dazu sind Sie alle sehr herzlich eingeladen, denn der Diskussionsprozess läuft noch und Anregungen sind herzlich willkommen. Ich darf Ihnen jetzt schon sagen, dass all das in der Debatte Gesagte und die Feststellungen des Ausschussberichts natürlich bei der Erstellung des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts berücksichtigt werden. Auf diese Weise hat das Parlament bereits einen sehr direkten Beitrag dazu geleistet.

Eben wurde mehrmals die Frage nach den Schwerpunkten gestellt. Ich möchte einige der Schwerpunkte nennen, die in meinen Augen eine besonders hohe Priorität genießen. Die Familienpolitik habe ich bereits genannt. Der Ausbau der Kleinkindbetreuung ist für mich eine der wesentlichen Voraussetzungen, wenn wir unsere Gesellschaft für die nächsten Jahre stark machen wollen. Wir arbeiten bereits intensiv daran. Ich muss aber auch immer wieder um Verständnis dafür werben, dass gewisse neue Projekte von der Idee bis zur konkreten Umsetzung manchmal einige Jahre Zeit benötigen.

Ein zweiter Schwerpunkt ist, dass wir unsere Politik meines Erachtens in den nächsten Jahren verstärkt auf besondere Zielgruppen werden richten müssen. Ich nenne deren exemplarisch nur zwei: zum einen die Senioren mit niedrigem Einkommen oder wenig Vermögen – das Stichwort „Altersarmut“ ist eben gefallen; sie wird mit Sicherheit ein Schwerpunkt sein – und zum anderen die Menschen mit einer Demenz. Auch die Zahl der Demenzkranken wird in den nächsten Jahren zunehmen. Ich halte wenig davon, spezielle Einrichtungen zu gründen, die sich ausschließlich um Menschen mit einer Demenz kümmern, denn dann werden wir irgendwann in die Situation kommen, dass wir genauso wie im Behindertenbereich plötzlich alle nach einer Inklusion der Demenzkranken rufen. Die

Inklusion sollten wir von vorneherein vorsehen. Ich bin davon überzeugt, dass wir alle Einrichtungen, Heime, Dienste und Akteure fit machen müssen, um mit Menschen mit einer Demenz umgehen und diese so lange wie möglich in der aktiven Gesellschaft belassen zu können. Die Devise heißt: ressourcenorientiert arbeiten, statt Defizite auszumachen.

Ein dritter Schwerpunkt ist meiner Meinung nach – auch das ist mehrfach gesagt worden – die Unterstützung pflegender Angehöriger. Die Arbeit, die pflegende Angehörige leisten, kann nicht genug wertgeschätzt werden. Daran müssen wir sicherlich noch einiges tun. Auf der Ebene der Information und der Beratung geschieht bereits sehr viel. Eudomos leistet hier hervorragende Arbeit und steht allen Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite. Aber auch die Berufswelt und die Wirtschaft müssten vermehrt sensibilisiert werden, um neue Modelle zur Verfügung zu stellen. Von föderaler Seite gibt es bereits ein sehr interessantes Modell im Bereich der Palliativpflege. So können sich pflegende Angehörige für eine gewisse Zeit beurlauben lassen, wenn sie einen nahen Angehörigen palliativ pflegen möchten. Ich könnte mir vorstellen oder würde mir sogar wünschen, dass es ähnliche Modelle allgemein für die Pflege eines Angehörigen gibt. Ehe wir dahin kommen, sind sicherlich noch einige Bretter zu bohren, aber ich glaube, wenn wir konsequent darauf hinarbeiten, werden wir irgendwann auch dieses Ziel erreichen.

Diejenigen, die einmal einen nahen Angehörigen gepflegt haben, berichten zwar häufig darüber, dass diese Verantwortung im Grunde eine sehr große Belastung für die gesamte Familie darstellt, aber sie sagen auch, dass die Tätigkeit an sich eine der intensivsten Erfahrungen menschlicher Nähe gewesen ist. Auch das ist eine Form von Wertschätzung und intergenerationellem Respekt. Wenn man solche Aspekte betont, kann man meines Erachtens dazu beitragen, dass diese Modelle etwas mehr wertgeschätzt werden und in den Fokus der Öffentlichkeit geraten.

Seniorenpolitik ist aber bei Weitem nicht nur Pflegepolitik, nein, sie betrifft wirklich alle Bereiche unseres Lebens, und deswegen ist sie eine Querschnittsaufgabe. Ich erwähne in diesem Zusammenhang noch einmal das seniorenpolitische Gesamtkonzept. Ein Jahr lang arbeiten wir daran, in allen Politikbereichen Empfehlungen auf die Beine zu stellen, die uns für die kommenden Jahre im Bereich der Seniorenpolitik quasi Richtschnur sein werden und auf diese Weise gewissermaßen den Übergang vom ersten zum zweiten Umsetzungsprogramm des REK bilden. Wir erwarten da also ganz interessante Impulse und Ideen.

An dieser Stelle sei mir eine Bemerkung erlaubt: Frau Franzen, die bei den Seniorinnen und Senioren durchgeführte Umfrage hat mitnichten das Ziel, irgendwelche Visionen oder Ideen zu sammeln, sondern zielt einzig und alleine darauf ab, die aktuelle Lebenssituation unserer Seniorinnen und Senioren zu erfassen. Visionen, Ziele und Ideen werden bei den Workshops im Begleitgremium sowie bei den Veranstaltungen mit den Gemeinden gesammelt und stehen selbstverständlich allen Menschen offen – nicht nur den Seniorinnen und Senioren, sondern auch den jüngeren Generationen. Ich kann nur nochmals dafür werben, sich daran zu beteiligen. Die Befragung zielte also vor allem darauf ab, die aktuelle Lebenssituation der Seniorinnen und Senioren zu erfassen und nach Abgleich mit den entwickelten Visionen und Ideen zu schauen, wo etwas verbessert werden muss.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft tut bereits einiges. Das seniorenpolitische Gesamtkonzept ist ein Thema, aber wir sind ja nicht erst seit gestern in der Seniorenpolitik tätig. Ich erspare Ihnen an dieser Stelle die Auflistung der von uns bezuschussten Organisationen, Dienste und Einrichtungen und der bereits seit vielen Jahren erfolgreich durchgeführten Maßnahmen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit lediglich auf die jüngeren Initiativen lenken, die wir seit Beginn der Legislaturperiode auf den Weg gebracht haben. Zum Ersten ist natürlich das REK-Projekt *Aufwertung der Pflegeberufe* zu erwähnen, in dem es vor allem darum geht, langfristig Aus- und Weiterbildungen zu sichern und grenzüberschreitend mit unseren Partnern aus Deutschland und den Niederlanden zu schauen, wo

wir Dinge verbessern können, wo wir voneinander lernen können, um dem Pflegefachkräftenotstand entgegenzuwirken. Das ganze Projekt erweist sich als hochinteressant. Parallel dazu sind wir dabei, mit den Diensten der häuslichen Hilfe zu diskutieren, zu arbeiten und im Rahmen einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit Eudomos zu überlegen, wo die Herausforderungen liegen und wie wir diesen Bereich weiterentwickeln können.

Gerade die Aufwertung von Eudomos, einem Dienst, der sich in den letzten Jahren bewährt und enorm an Kundschaft hinzugewonnen hat, liegt mir sehr am Herzen. Das möchte ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen. Dieser Dienst ist ein Modell, für das man sich mittlerweile auch im Landesinnern sehr interessiert. Er hilft uns, die Dinge sehr genau im Auge zu behalten und die Entwicklung quasi sehr nahe am Menschen zu beurteilen. Wir wissen mehr oder weniger zeitnah, wie hoch der Bedarf an häuslicher Hilfe ist und was wir an Alten- und Pflegewohnheimplätzen brauchen. All das sind aus politischer Sicht natürlich sehr interessante Parameter.

Das Seniorendorfhaus Schönberg ist bereits genannt worden, deswegen möchte ich darauf nicht weiter eingehen.

Frau Franzen sprach noch ein Thema an, das auch mich sehr interessiert, nämlich das der Pflegerinnen und Haushälterinnen, die aus den Ländern des Ostblocks zu uns kommen. Frau Franzen, ich kann Ihnen sagen, dass ich Ihre Einschätzung zu 100 % teile. Ich sehe das genauso wie Sie. Unser großes Problem ist, dass wir diesbezüglich über keinerlei Zahlenmaterial verfügen. Wir können nur Vermutungen darüber anstellen, welches Ausmaß dieses Phänomen mittlerweile hat. Die Herausforderungen liegen vor allen Dingen auf der sozialen und der rechtlichen Ebene, wenn es einerseits darum geht, die Tätigkeit der Frauen und sie selbst als Person abzusichern, ihnen gewisse Sicherheiten zu geben, und andererseits dem Nutznießer zu garantieren, dass er eine qualitätsvolle Betreuung oder Pflege erhält. Dieses Problem haben nicht nur wir, sondern es besteht auch im Landesinnern und man hat es auch dort erkannt.

Vonseiten der föderalen Beschäftigungsministerin, die in erster Linie dafür zuständig ist, weil es zunächst um beschäftigungspolitische Aspekte geht, gibt es mittlerweile eine Initiative, um eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen. Wir haben bereits angekündigt, dass wir sehr gerne an dieser Arbeitsgruppe beteiligt würden. Parallel dazu stellen wir natürlich unsere Überlegungen an, aber zum jetzigen Zeitpunkt kann ich leider noch keine Lösung präsentieren. Wir wissen nicht, wie groß das Problem ist. Nach meinem Dafürhalten wird man zuerst die beschäftigungspolitischen Aspekte regeln müssen, bevor man alles andere löst. Ich glaube, dass wir die Probleme der Pflegequalität in den Griff bekommen, denn darin haben wir ja bereits Erfahrung. Zuerst müssen wir jedoch wissen, um wie viele Personen es sich handelt, wo sie tätig sind und in welchem Kontext sie hier in die Deutschsprachige Gemeinschaft kommen. Zum heutigen Zeitpunkt gehe ich von einer dreistelligen Zahl im mittleren Bereich aus. Das sind aber keine gefestigten Zahlen. Meine Vermutung basiert einzig und allein auf den persönlichen Erfahrungen, die man mir zuträgt.

Meiner Ansicht nach kommen sowohl der Bericht als auch die Debatte zum demografischen Wandel zum richtigen Zeitpunkt, an der Schwelle zur Staatsreform und kurz vor der Fertigstellung des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts. Allen, die sich auch außerhalb dieses Hauses dafür interessieren, kann ich nur empfehlen, sich diesen Bericht durchzulesen. Er enthält eine ganze Fülle von Informationen, eine wirklich umfassende Darstellung der Gesamthematik. Ich habe Ihnen eben bereits gesagt, dass wir natürlich alle Anregungen, die heute gemacht wurden, prüfen und berücksichtigen werden, um sie dann gegebenenfalls in das Konzept einfließen zu lassen.

Abschließend möchte ich ein Wort des Dankes an den Ausschussbetreuer richten, ohne ihn namentlich zu nennen. Wenn man bedenkt, in wie vielen Sitzungen sich Ausschuss IV mit diesem Thema beschäftigt hat und wie vielfältig die Informationen waren, die dort

zusammengetragen wurden, und wenn man dann diesen Bericht sieht, in dem der Ausschussbetreuer es geschafft hat, auf 37 Seiten quasi die Essenz des Gesagten zusammenzufassen, dann darf man an dieser Stelle die hervorragende Arbeit erwähnen, die auf Ebene der gesamten Parlamentsverwaltung geleistet wird.

Nach meinem Dank an den Ausschussbetreuer danke ich Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Allgemeiner Applaus)

HERR MIESEN, Präsident: Möchte ein Parlamentsmitglied die Gelegenheit zur Erwiderung nutzen? Dem ist nicht so. Dann ist die allgemeine Diskussion geschlossen.

RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER ENDGÜLTIGEN ABSCHALTUNG DER KERNREAKTOREN TIHANGE 2 UND DOEL 3 – DOKUMENT 151 (2012-2013) NR. 3

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

HERR MIESEN, Präsident: Zur Tagesordnung steht der Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der endgültigen Abschaltung der Kernreaktoren Tihange 2 und Doel 3 – Dokument 151 (2012-2013) Nr. 3.

Nach der Berichterstattung werden die Autoren den Resolutionsvorschlag vorstellen. Dazu ist eine Richtredezeit von maximal fünf Minuten vereinbart worden. Für die anschließenden Stellungnahmen ist eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vorgesehen. Die Regierung wird gegebenenfalls Stellung nehmen, wofür ebenfalls eine Richtredezeit von zehn Minuten vereinbart worden ist. Für eventuelle Erwiderungen stehen maximal zwei Minuten zur Verfügung. Kein Einwand? Dem ist so. Dann bitte ich Herrn Velz, den Bericht vorzutragen.

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! In zwei Sitzungen befasste sich der für allgemeine Politik, lokale Behörden, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit zuständige Ausschuss I mit dem ihm zur Beratung vorgelegten Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der endgültigen Abschaltung der Kernreaktoren Tihange 2 und Doel 3 – Dokument 151 (2012-2013) Nr. 1. Infolge der im Ausschuss geführten Diskussionen wurde von allen stimmberechtigten Fraktionen ein Abänderungsvorschlag hinterlegt, der gewisse Präzisierungen vornahm und den Titel des ursprünglichen Vorschlags abänderte (siehe Dokument 151 Nr. 2). Insofern stimmen wir heute nicht über eine Resolution zur endgültigen Abschaltung der beiden Kernkraftwerke ab, sondern über eine Resolution, die deren Wiederinbetriebnahme mit eindeutigen Belegen ihrer Sicherheit verbindet, und richten diese Forderung sowohl an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch an die Föderalregierung.

Die Beratungen des Ausschusses zu diesem Thema sind detailliert im schriftlichen Bericht – Dokument 151 (2012-2013) Nr. 3 – nachzulesen.

Zu den Abstimmungen: Der Ausschuss nahm den Resolutionsvorschlag in seiner in Dokument 151 (2012-2013) Nr. 2 veröffentlichten abgeänderten Form einstimmig mit 6 Jastimmen an.

Für die Abfassung des schriftlichen Berichts erteilte der Ausschuss dem Berichterstatter einstimmig das Vertrauen. Demnach empfiehlt Ihnen der Ausschuss die Annahme des im Dokument 151 (2012-2013) Nr. 2 veröffentlichten Textes.